

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,50 M., monatlich 1,10 M.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsstelligen Nummern-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gesellschaftliche Berichte  
 und Berichtigungs-Anzeigen 20 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 2. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Schleichende Krise.

Während die kapitalistische Presse noch immer den baldigen neuen Aufschwung erhofft, zeigt die Lage der Kohlen- und Eisenindustrie, wie wenig diesen Hoffnungen die Erfüllung winkt. Der Geschäftsgang in der Kohlen- und Eisenindustrie ist immer ein guter Gradmesser zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage überhaupt. Die Lage des Kohlen- und Eisenmarktes aber zeigt, daß wir einem schlimmen Winter entgegengehen; einem Winter des fortschreitenden Niederganges unseres Wirtschaftslebens, vermehrter Arbeitslosigkeit, vermehrten Hungers und Elends der Arbeiterklasse.

In den Gebieten der deutschen Kohlenindustrie, vor allem an der Ruhr und in Obersachsen herrscht selbst noch im vorigen Jahre um diese Zeit ein lebhafter Geschäftsgang, da die Industrie bis Ende September ihren Bedarf an Winterkohle zu decken sucht. In diesem Jahre aber sind die Bestellungen wesentlich später, jägernd und in geringerer Menge eingegangen. Unter dem industriellen Unternehmertum glaubt eben niemand an die baldige Bende der Dinge. Ueberall sieht man nur Abwärtsstufen, gefüllte Lager, Produktionseinschränkungen. Die Zeiten, da das Kohlenhandwerk triumphierend verkündete, daß die Abschlässe der Händler und Industriellen den Heden bereits für den ganzen Winter Beschäftigung böten, sind vorbei. Aus dem Archivar kommen laute Klagen, daß jetzt, wo die Förderung am lebhaftesten sein sollte, der Abfall in fast sämtlichen Kohlenorten nicht befriedigend ist. Die Syndikatsorgane legen noch fortgesetzt Feiertagsklagen ein, eine Erscheinung, die in den Vorjahren wohl in den Herbstmonaten, nicht aber September-Oktober mehr zu verzeichnen war. Das Bild, welches der deutsche Kohlenbergbau bietet, gestaltet sich noch ungünstiger, wenn man erfährt, daß auch die laue Beschäftigung nur resultiert aus der mit Beginn des Herbstes einsetzenden stärkeren Nachfrage nach Hausbrandkohle. An den weitläufigen Heden stehen die beladenen Wagen und können nur spärlich abgefahren werden, weil die geförderten Mengen nur langsam abgerufen werden. Einzelne Heden haben auf solche Weise bereits beträchtliche Summen für Straf-Wagenzettel bezahlt. Einzig an Coals herrscht im Archivar eine befriedigende Nachfrage, jedoch nur deshalb, weil sich die westfälischen Unternehmer die Verlegenheit, in welche die amerikanischen Ausbeuter durch den lange andauernden Arbeiterausstand gekommen sind, zu nütze gemacht haben und ihnen massenhaftes Coalsüberschuss nach Amerika verhandelt. Aber auch diese Abschlässe konnten nur erzielt werden zu ganz niedrigen Preisen, zu welchen das „patriotische“ und „nationale“ Syndikat der deutschen Industrie seinen Coals nie abgelaufen haben würde. Der inländische Verbrauch geht behändig zurück und angesichts dieser Lage wird die Arbeiterklasse des Bergbaues aufs schmerzhafteste gedrückt. Sie muß sich Lohnreduktionen gefallen lassen und in wenig Wochen werden wir vielleicht schon von umfangreichen Arbeiterentlassungen hören.

Der Eisenmarkt hat dieselbe Geschäftslage wie der Kohlenmarkt. Im überhaupt Beschäftigung zu erhalten, haben die rheinisch-westfälischen Werke der Roheisen-Eisenindustrie eine Preisermäßigung von 2 M. pro Tonne zugestanden, ein Nachlass, zu dem sie sich nicht verstanden haben würden, wenn sie Aussicht auf größere Bestellungen in nächster Zeit hätten. Auch auf dem Eisenmarkt zeigt sich dabei jetzt wieder, wie die „Großen“, die es anschalten können, die Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges benutzen, um sich „Bahn frei“ zu machen. Die zahlreichen kleinen Firmen des sogenannten „Halbzeugverbandes“ haben sich, weil sie vollständig auf dem Trodnen sitzen, mit einer Eingabe um Preisnachlässe an die Verbandleitung gewandt. Die aber denkt nicht daran, dem Verlangen zu willfahren und den kleinen Werken aus der Bedrängnis zu helfen. Die Leitung haben die großen Stahlwerke, denen es ganz recht ist, wenn die kleinen unter der Wucht der Krise zusammenbrechen und ihnen so die Konkurrenz vom Halbe geschafft wird. So befördert die Krise praktisch die Aufjagung der Produktionsmittel in immer weniger Hände.

Charakteristisch ist die Klage der Eisenwerke über das Stocken des Abfahrs. Wohl verlangen sie noch weiter die hohen Preise, aber niemand bezahlt sie. Die Verbraucher kaufen nur das Notwendigste und decken ihren Bedarf aus zweiter Hand bei jenen Firmen, die durch Lieferungsverträge gezwungen waren, die bestellten Mengen bei den Werken abzunehmen und nun ihre gefüllten Lager räumen, indem sie mit bedeutendem Verlust verkaufen. So haben die offiziellen Preisnotierungen für die Beurteilung der Lage gar keinen Wert. Auch auf dem Eisenmarkt ist es schlimm und bereits jetzt sind die Eisenwerke zu Arbeiterentlassungen übergegangen.

Wenn die grundlegenden Industriezweige Kohle und Eisen sich in so schlimmer Lage befinden, kann das Bild der Gesamtindustrie kein besseres sein. Es wird deshalb auch nirgends von Besserung berichtet, vielmehr zeigt sich, wie in den Industriezweigen, die seit langem bereits von der Krise ergriffen sind, die Stodung andauert, während andererseits Industriezweige, die bisher noch nicht zu klagen hatten, nun auch von dem Niedergang betroffen werden.

Daß im Baugewerbe die Lage schlechter wird, zeigt sich daran, daß die Regelen früher als sonst ihren Betrieb eingestellt haben. Auf die Cementindustrie über ihre Ueberproduktion klagt und in den Hilfsgeräten des Baugewerbes zahlreiche Arbeiterentlassungen vorgenommen wurden.

In der Textilindustrie ist die Stodung jetzt eine fast allgemeine und namentlich wird nun auch die Hausindustrie, die in einzelnen Zweigen bisher von der Krise ganz unberührt geblieben war, wieder in Mitleidenschaft gezogen. Namentlich in Thüringen, im Vogtlande, im sächsischen Erzgebirge herrscht unter den Heimarbeitern eine erschreckliche Not, die bereits zur Abwanderung aus den Dörfern geführt hat.

Ueber die schlimmste Arbeitslosigkeit hat jedoch die Arbeiterklasse der Maschinenindustrie zu klagen. Hier mehrten sich mit jedem Tage die Betriebseinschränkungen, die Lohnreduktionen, die Arbeiterentlassungen. Die deutsche Maschinenindustrie hat in den Aufschwungsjahren die tollste Ueberproduktion betrieben und den Markt überfüllt. Dazu leidet diese Industrie noch unter dem Umstande, daß die Eisenindustrie ihr Eisen und Halbzeug in „patriotischer“ Pfüffigkeit im Auslande billiger als im Inlande verkauft.

Bermehrung der Arbeitslosen-Armee, das ist die Signatur der wirtschaftlichen Lage am Beginn des Herbstes. Bald werden unsere Großstädte wieder überfüllt sein von arbeitslosen und hungernden Proletariern. Aber keine Hand — nicht des Reiches, nicht des Staates, nicht der Gemeinden — rührt sich, Fürsorge zu treffen und den Opfern der Krise und dessen, der sie hervorgerufen: des kapitalistischen Systems zu helfen. Es sind nirgends bisher größere Schritte unternommen worden, dem sicher wiederkehrenden Arbeiterelend dieses Winters zu steuern.

Um so lauter fordert die Socialdemokratie Maßnahmen zur Vinderung der Arbeitslosigkeit und der Folgen der Krise auf die Arbeiterklasse.

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Oktober.

#### Die Zolltarif-Kommission

nahm, wie zu erwarten war, am Mittwoch als Minimalzölle die Sätze des Antrags Spahn an. Durch diese Festsetzung von Minimalzöllen soll die Regierung und der künftige Reichstag verhindert werden, ohne ein neues die Minimalzölle beseitigendes Gesetz in der künftigen Verteuerung der Adererzeugnisse, des Viehs und des Fleisches unter die Grenze dieser Spahn'schen Wucherzölle herabzugehen. Welch außerordentlich hoher Wucher in den Minimalzöllen liegt, ergibt eine prozentuale Vergleichung dieser Zölle mit den zur Zeit bestehenden. Der vorgeschlagene 5,50 M. Mindest-Moggenzoll bedeutet 157 Proz., der vorgeschlagene 6 M. Mindest-Weizenzoll 189 Proz., der vorgeschlagene Gersten-Mindestzoll von 5,50 M. 275 Proz., der Mindest-Haferzoll (5,50 M.) 195 Proz., der heute geltenden Zollvertrags-Sätze. Noch enormer sind die Mindest-Vieh- und Fleischzölle. Pferde, die heute mit 10 bis 20 M. Zoll pro Stück belegt sind, sollen künftig auf einen Wucher-Mindestzoll von 72, 144 und 288 M., d. h. also 720 bis 2880 Proz. der bestehenden Sätze hinaufgeschraubt werden.

Beim Rindvieh wird heute das Stück verzollt, in Zukunft soll der Zoll nach dem Doppelcentner Lebendgewicht berechnet werden. Bullen (Stiere) und Kühe sind heute mit 9 M. Zoll belegt. Der Mindestzoll des Kommissionsvorschlages beträgt 14,40 M. für den Doppelcentner Lebendgewicht. Ein Bullen wiegt ca. 8 bis 12 Doppelcentner. Mithin beträgt der neue Mindestzoll — das Gewicht des Bullen mit 10 Doppelcentner angesehen — 1600 Proz. des zur Zeit geltenden. Bei diesen enormen Wucherzöllen, die die Mehrheit nicht nur gesehlich sanktionieren, sondern gar als für alle Zukunft gültige Mindest-Norm der Gesetzgebung aufzwingen will, ist es begreiflich, daß die Mehrheit vorzeitig Schluß der Debatte über die Mindestzölle herbeiführte. Die Mehrheit rühte sich vorläufig dadurch, daß sie mit Erfolg dem Widerspruch, daß ein kleines redaktionelles Versehen des so kompromittierenden Kompromißantrages nach Schluß der Debatte geändert worden.

Im weiteren Verlaufe der Beratungen kam es zu einer recht interessanten Debatte über die Kartelle. Alle Parteien bekundeten ihre Sympathien für eine Bekämpfung der Kartell-Mißbräuche. Der Minister Graf v. Posadowsky verwies auf die Enquete, die von der Regierung über die Kartelle eröffnet sei. Diese freilich nicht ganz neue Mitteilung wirkte sehr befriedigend auf die Wucherzoll-Mehrheit. Der Abg. Spahn hielt die Schuld, in der er einen Seitenanruf zur Bekämpfung von nichtbrüchlicher Anwendung der Macht des Syndikats zusammengeballten Kapitals niedergelegt haben will, sorgfältig verschlossen und verteidigt mit keiner Silbe, wiewohl kostbaren Inhalt sein Gegenwort habe. Die Mehrheit vertonte darauf, daß die Kartelle schon selbst die Mittel angeben würden, wie der Preisereiz und der Vereinigung des Koalitionsrechts durch die Syndikats entgegengetreten werden könne. Der socialdemokratische Antrag, der ein klein wenig von der durch die Schutzzölle vermehrten Macht der Syndikats abdrücken wollte, wurde abgelehnt. Das gleiche Schicksal traf den Antrag der Socialdemokraten, einen Teil der Vorteile aus den Hüllen von einigen Großgrundbesitzern für die Reichskasse einzufordern. Annahme fanden die socialdemokratischen Anträge, die auf Zollfreiheit der Sätze und auf gesetzliche Festlegung von Behörden gerichtet waren, die mit bindender Kraft über die Mythen der Zollhöhen Auskunft zu erteilen haben. Aus Schluß der Sitzung endlich wurde die Erschwerung des Verkehrs, die durch das Verlangen von Ursprungserkennungen die Kommission in erster Lesung dem Gesetz eingefügt hatte, etwas gemildert.

Am Donnerstag gelangt wahrscheinlich der Rest des Gesetzes (darunter: Aufhebung der Kommunalsteuern auf Lebensmittel und das Centralrats-Regelblatt des Wucherzölles) zur Verabschiedung. Damit hatte die Kommission 110 Sitzungen erreicht. Nach der Art des Handels über die Höhe der Wucherzölle zwischen den Mehrheitsparteien geizt der Kommission der Ehrenname: „Die goldene 110“.

**Konservative Zolldrohung.** Wir besprachen gestern die trügerische Haltung der Konservativen, welche die Herabsetzung der Industriezölle ankündigen, aber in der Zollkommission ihre Ankündigungen

gänzlich verweigern. Dazu erklärt die „Kreuz-Zeitung“, daß sie es lieber gesehen hätte, wenn die Zollkommission in zweiter Lesung die Eisenzölle herabgesetzt hätte, aber sie verstehe, auf die Stellung ihrer Parteigenossen, die anders gehandelt hatten, weil „sie die Geschäfte der ersten Lesung als ein Ganzes betrachtet wissen wollen“. Diese gemundene Erwiderung bestätigt nur das konservative Lügenpiel. Wäre es kein Lügenpiel, so würde anzunehmen sein, daß die „Kreuz-Zeitung“ in ihrer Partei gänzlich einflußlos geworden ist und daß das, was sie „lieber sieht“, ihren Parteigenossen als belanglos gilt.

Die Drohung der Herabsetzung der Industriezölle ist nichts als ein Versuch, noch höhere Agrarzölle zu erpressen. Eine andre Bedeutung ist auch der weiteren Drohung des konservativen Blattes nicht beizumessen:

Wir müssen nochmals betonen, daß das Interesse am Zolltarif in konservativen Kreisen immer mehr schwindet. Gelingt es nicht, die agrarischen Sätze des Tarifs angemessen zu erhöhen oder die industriellen Sätze entsprechend zu erniedrigen, so wird, wie wir bestimmt annehmen, die konservative Partei in der entscheidenden Abstimmung die Vorlage ganz ablehnen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ nimmt bestimmt an, aber ihre Annahme ist nur Erpressungsakt und die Mehrheit der konservativen Abgeordneten denkt schließlich nicht daran, die gewaltige Zollbeute der Regierungsvorlage aus Uebergeiz zu verschmähen.

**Die Macht des Centralverbandes.** Die „V. P. R.“ bringen ein Verzeichnis neuer Mitgliedschaften des Centralverbandes und erklären in folgendem Nachbewußtsein:

Es gehören nunmehr dem Centralverbande deutscher Industrieller, abgesehen von Einzelmitgliedern, 121 Vereine, Verbände, Handelskammern, Syndikats und Berufsvereinigungen mit ihren Mitgliedern an. Die in denselben vertretenen Industrien beschäftigen etwa 2,5 Millionen Erwerbsthätige. Der Centralverband vertritt somit, da die nach der letzten Berufsstatistik auf der Industrie des Deutschen Reiches gezählten Erwerbsthätigen auf rund 5 Millionen anzunehmen sind, sieben Zehntel der gesamten Industrie.

Das heißt: Sieben Zehntel des kapitalistischen Ausbeuterthums! Den Interessen der Arbeitermassen in dieser Industriebranche ist der Centralverband der brutalste Feind.

**Eugen Richter als Liebling der „Post“.** Der socialistenfeindliche Hamburger Parteitag hat es der „Post“ angethan; sie schlägt den unentwegten Volkstribun an ihren Ruhen und preist ihn ebenso heilig wie beschaf.

Die „Post“ meint, Eugen Richter sei geradezu ein Glücksfall für den Bestand der Reaktion; sein Socialistenhaß verhindere das Kartell der Linken, und seine antimilitaristische Haltung die Bildung jener großen liberalen Partei, von der der tote Beamten noch einst träumte. Ohne diese antimilitaristische Haltung, wäre die Befürchtung nicht abzuweihen, daß sich die Illusion von der Möglichkeit, mit einer solchen Partei im Reich zu regieren, auch innerhalb der Regierung festsetze und der Versuch unternommen würde, diese Partei auf ihre objektive und subjektive Regierungsfähigkeit zu erproben.

Eugen Richter hat dies Lob zwar redlich verdient, aber Herr Richter ist doch als Person nur der Volkstribun des bürgerlichen Spießbüchens, das den „liberalen Gedanken“ höchstens noch als Fußlappen benutzt!

Die „Freisinnige Zeitung“ des Herrn Eugen Richter erwidert am Mittwochabend auf ihre Remonstration der Vorgänge auf dem freisinnigen Parteitag in Hamburg. Es genügt, zur Erkenntnis der geistigen Höhe dieser Antwort den Schlußabsatz zu citieren:

Dem Abgeordneten Richter wird auch zum Vorwurf gemacht, daß er beiläufig bemerkte, die Socialdemokratie nenne sich Proletariatspartei, obgleich viele Führer mehr behabigen Bourgeois als Proletariern gleichen. Nun! durch den Münchener Parteitag der Socialdemokratie ist festgestellt worden, daß Herr Kautsky für seine Mitarbeiterschaft an der Wochenchrift „Neue Zeit“ aus der Parteikasse jährlich 5000 M. erhält. So viel mag den Socialdemokraten keine Arbeit auch wert sein, aber ein solcher Pfaffenwunder Markt-Raum ist kein „Proletariats“ und ist auch nicht besonders legitimiert, sich, wie es in seiner von uns besprochenen Broschüre „Am Tage nach der Revolution“ der Fall ist, hinzustellen als Vorkämpfer des Proletariats, und über die Zukunft des „siegreichen Proletariats“ zu bramarbasieren. Denn ein Einkommen wie Herr Kautsky haben noch nicht zwei Hundertteile der Bevölkerung.

In dieser Methode, große politische und weltgeschichtliche Probleme auf die niedrigste persönliche Kammerecherei herabzuziehen, tempeignet sich die blinde Philisterei des Mittelständlichen Liberalismus. Jämmerlicher Selbstschändung konnte der Freisinnsoffizier an sich und seiner Partei nicht verüben!

**Nationalliberale Schmerzen.** Der „Hamb. Courier“ schreibt: Um so größer ist die Spannung, mit der man den kommenden Wahlen gerade für den preussischen Landtag entgegenfieht. Die socialdemokratische Arbeit für diese Wahlen hat bereits überall eingefetzt; es gilt als nicht ausgeschlossen, daß in Berlin auch in der zweiten Abteilung socialdemokratische Wahlmänner durchdringen. Geht es auch nur in einem nennenswerten Ausmaße, dann ist die freisinnige Herrschaft in Berlin auch für das preussische Abgeordnetenhaus gesichert. Die Wahlen in Oldenburg geben sehr zu denken; es sind dort in ländlichen Ortsschaften socialdemokratische Wahlmänner, in denen früher die Socialdemokratie vollkommen machtlos war, gemacht worden; man kann sich auf ähnliche Resultate in zahlreichen Dörfern Preußens gefast machen; die socialdemokratische Landtagination wird leider überall viel zu leicht gewonnen.

Zur Verhütung aller ängstlichen Gemüther wollen wir verraten, daß in dem wilden Lande Oldenburg die Abstimmung eine geheime ist und die Einteilung der Wähler in drei Steuerklassen nach preussischen Muster zwar früher bestand, aber bereits durch Gesetz vom 21. Juli 1898 beseitigt wurde. In übrigen soll die schlotternde Angst der Wegner unsern Eifer für die Vorbereitungarbeiten nur verjären.

**Die agrarische Kamorra in der Provinz Posen.** Die „Neue Pol. Korresp.“, die sich offizieller Beziehungen rühmt, schreibt: „In Posen droht ein neuer Skandal schlimmer Art. In der sattem bekannten Affaire des Majors Endell wird jetzt durch den Genossenschaftsrevisor Währing eine Verfassungsklage zur Abwehr und Aufklärung“ veröffentlicht, die neue Anklagen gegen Endell und seinen Anhang enthält. Es erscheint rätselhaft, wie sich in der Provinz Posen in den letzten Jahren Zustände entwickeln konnten, die an die Kamorra in Neapel erinnern. Es kann nicht ausbleiben, daß die Verleumdung dieser Zustände schwerwiegende Folgen für die gesamte Provinz nach sich ziehen wird.“

Ueber die Militärpensions-Novelle schreibt die „N. Pol. Korresp.“: Die Vorzüge der Novelle beschränken sich keineswegs darauf, daß die Gehaltspension bereits nach 35 Jahren, statt wie früher nach 40 Jahren, gewährt wird. Vielmehr besteht die Novelle vor allem die Pensionsbezüge an sich wesentlich auf. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, daß die Pension mit  $\frac{2}{3}$  des Gehaltes beginnt, während die Anfangspension bisher  $\frac{1}{3}$  betrug. Der springende Punkt bleibt, ob das Gesetz rückwirkende Kraft für die bereits pensionierten Offiziere haben soll oder nicht. Hierüber ist an maßgebender Stelle noch keine endgültige Entscheidung getroffen.

Die Audienz der Boerengenerale. „Morning Post“ erfährt, die Boerengenerale suchten eine Audienz beim Kaiser nach. Der Kaiser erwiderte, er würde sie empfangen, wenn sie die üblichen Höflichkeitserweisen erfüllen, die darin bestehen, daß ihr Gesuch durch die britische Botschaft übermittelte werde. Staatssekretär Nichtsen verständigte den Botschaftler Lascelles von diesem Inhalt der Antwort des Kaisers und Lascelles unterbreitete sie der Erwägung der britischen Regierung. Ob die Audienz beim Kaiser stattfinden werde oder nicht, hänge lediglich davon ab, ob die britische Regierung den Boerengeneralen die erforderliche Einführung durch den britischen Botschaftler gewährt, wenn sie darum nachsuchen.

Vorausgesetzt, daß diese Mitteilungen den Tatsachen entsprechen, ist nicht recht verständlich, weshalb die Boerengenerale überhaupt um die Audienz nachgesucht haben. Schon die Krüger widerstandene Behandlung hätte sie von diesem Schritt abhalten sollen. Nur die Hoffnung auf einen bei der Sache herausragenden finanziellen Effekt läßt ihre Handlung überhaupt begründlich erscheinen.

**Nationalsozialer Berichterstatter.** Wir erhalten folgende Zuschrift:

Berlin, 29. September 1902.

Werte Genossen!  
Vesten Dank für die Zusendung des „Berliner Tageblattes“. Nach der Abfertigung, die ich auf dem Silberdenkmal der nationalsozialen Phantasten habe zu teil werden lassen, habe ich eigentlich erwartet, daß sie ihre Verurteilung, mich und meine Partei in Gegenwart zu bringen, aufgeben würden. Wie ich wohl nicht zu sagen brauche, ist es eine wahrhaft abenteuerliche Phantasie, die dem „falschen Isaac“ Ehre machen würde, wenn ein Münchener Korrespondent der „Zeit“ erzählt, wie der intrigante Genosse v. Vollmar den abgemessenen Parteitag nach den Bergen verschleppt habe, um unterdessen nicht heimlich und „nicht überwacht von Parteipolizisten“ (NB. im größten Saale von München nach wochenlangem Anlauf) eine Rede halten zu lassen, in der ich an Stelle des theoretischen einen praktischen „Revisionismus“ begründet hätte.

Der Verleumdung der „Zeit“ ist vermutlich derselbe Herr, der voriges Jahr eine Anklage des Genossen Singer so zu werden gewagt hat, daß sie wie eine Bestätigung der nationalsozialen Hoffnungen auf Spaltung der Socialdemokratie ausfiel. Was er über meine Rede erzählt, habe ich teils überhaupt nicht, weder der Form noch dem Sinne nach gesagt, teils sind es einzelne aus dem Gedankenlauf gerissene und dadurch in ihrem Inhalt verdrehte Sätze und Worte.

In Wahrheit konnte der Inhalt meines Vortrages den Nationalsozialen sehr wenig genehm sein, denn er stützte sich ausdrücklich auf den von den Nationalsozialen totgeschwiegenen Revisionismus und war keineswegs die Ankündigung einer neuen, sondern die Begründung der von uns tatsächlich getriebenen Politik.

Es ist mir gar nicht eingefallen zu sagen, daß es freibekannt wäre, vom Zukunftsstaat zu reden; das wäre, abgesehen von allem andern, ein Widerspruch zu meiner eignen Rede gewesen, denn ich selbst habe von der künftigen Gesellschaft gesprochen.

Ich habe auch nicht gesagt: wir müssen uns hüten vor dem tatsächlichen Fehler, den die Fortschrittspartei bei dem Militärkonflikt gemacht hat, und der sie auf das tote Geleis gebracht hat, sondern:

eine Partei muß sich unter allen Umständen hüten, auf das tote Geleis zu geraten, wie es der Fortschrittspartei widerfahren ist, nicht ohne ihre Schuld, sondern größtenteils infolge tatsächlicher Fehler in der Militärkonfliktzeit.

Es wäre ganz unvorsichtig gewesen, die heutige Socialdemokratie vor den besondern tatsächlichen Fehlern zu warnen, die vor 40 Jahren die Fortschrittspartei gemacht hat, denn diese Fehler sind aus einer politischen Lage hervorgegangen, in der wir uns nicht befinden. Dagegen scheint mir die Fortschrittspartei ein treffendes Beispiel einer auf das tote Geleis geratenen Partei zu sein.

Der Zweck, den der Korrespondent der „Zeit“ mit der Umdeutung meines Satzes verfolgt, ist deutlich genug.

Wir scheitern, daß man diesen politischen Halluzinationen zu viel Ehre erweisen würde, wenn man darauf erwidern wollte. Halten Sie aber eine Aufklärung für wünschenswert, so drucken Sie meine wegen diesen Brief ab.

Wolfgang Heine.

### Ausland.

#### Frankreich.

In einer Ministerkonferenz, die am Mittwoch stattfand, wurde die Einberufung der Kammer auf den 14. Oktober beschlossen und der Staatsvoranschlag, der der Kammer beim Zusammentritt vorgelegt werden soll, angenommen. Aus dem Staatsvoranschlag sind besonders hervorzuheben die Regelung des Privilegiums der Haussteuer, die Herabsetzung der Zuckersteuer und die Erhöhung der Tabaksteuer in den Grenzdepartements. Der Ministerrat beschäftigte sich ferner mit der Agitation der Amerikaner gegen die Sparpläne und der hierüber zu eröffnenden Untersuchung. Der Unterrichtsminister wurde mit der Vertretung der Regierung bei der Beisehung Sokas beauftragt.

#### Italien.

Der Moutre-Prozess gegen die Camorra in Neapel hat am Montag begonnen. Es handelt sich um die kolossalen Unterschleife und Betrugsereien, die von der verfallenen Stadtverwaltung gemacht und infolge der Anklagen des sozialistischen Blattes „Propaganda“ durch eine von der Regierung angeordnete Untersuchung festgestellt worden sind. Es sind 150 Verfassungen und ebenso viele Entlassungsurkunden geladen und umfassen die Anklage-Akten nicht weniger als 18 Bände.

### 109. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 1. Oktober.

Die Diskussion über § 1 des Tarifgesetzes wird fortgesetzt. Herold glaubt nicht, daß noch Neues in zweiter Lesung gesagt werden könne. Bindewald habe wohl eine schöne Rede gehalten für den bahnischen Antrag, aber sein Kollege Gabel habe am Zustandekommen des Kompromisses mitgewirkt. Der eine halte schöne Reden, der andere wolle etwas erreichen für die Landwirtschaft durch praktische Arbeit. Redner er-

sucht, den Antrag Hahn abzulehnen und die Kompromissanträge anzunehmen.

**Müller-Sagan:** Er habe seinen Antrag gestellt, um Mindestzölle auszuschließen. Jede Bindung der Zölle werde von seinen Freunden abgelehnt. Redner betont die Schädlichkeit der Getreidezölle für die Viehzucht. Kleine Landwirte laufen sehr viel Getreide, auch zur Viehhütung, sie haben keinen Nutzen von den Zöllen.

**Arndt:** Er und seine Freunde würden an dem Kompromiß, Bindung der Mindestzölle auf Getreide und Vieh, festhalten. Wenn auch die ganze Rechte für den Zoll von  $7\frac{1}{2}$  R. eintreten wollte, erreichte sie doch keine Mehrheit, da sei es doch besser, zu nehmen, was in Verständigung mit der Regierung zu erreichen sei. Und die Regierung habe nur Aussicht, Handelsverträge zu bekommen, wenn sie die Kompromissanträge annehme. Im nächsten Reichstage werde die Landwirtschaft eine stärkere Vertretung ihrer Interessen finden, der neue Reichstag werde ebenso schmerzhaft sein, wie dieser. (Widerspruch.) Die socialdemokratischen Agitationen gegen die Zölle hätten nicht den Erfolg, wie ausposaunt werde. (Weiterkeit und Widerspruch.)

Auf Antrag des konservativen Henning wird die Debatte geschlossen.

**Spahn** stellt zu seinen Anträgen Abänderungsanträge direkt vor Abstimmung. Da der Vorschlag diese Anträge mit zur Abstimmung bringen will, entsteht eine lebhafteste Geschäftsordnungsdebatte, in der Singer, Stadthagen und Mollenbühr widersprechen, daß sachliche Abänderungen ohne Debatte zur Abstimmung gebracht werden. Stadthagen geht dabei die Haltung der Konservativen, die den Abschluß der Debatte herbeiführten und nun diese Unterführungen verschülden; der Antrag Spahn hätte übrigens zuerst zur Abstimmung kommen müssen, denn er bringt die höchsten Sätze für die Mindestzölle, die er um 1300 Proz. erhöht.

**Spahn** zieht seinen Unterantrag zurück, darauf erfolgt Annahme der Spahn'schen Kompromissanträge und mit diesen des Absatzes 2, sowie des ganzen Paragraphen.

Die Socialdemokraten beantragen, folgenden § 1a einzufügen: „Der Bundesrat ist verpflichtet, die Zölle für vom Ausland eingehende Waren aufzuheben und deren zollfreie Einfuhr zuzulassen, wenn die gleichartigen Waren von deutschen Verkaufsvereinigungen (Syndikate, Trusts, Kartelle, Ringe oder dergleichen) nach dem oder im Auslande billiger verkauft werden als im deutschen Zollgebiet. Die getroffenen Anordnungen sind dem Reichstag sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.“

**Mollenbühr** schildert die Gefahren, die Trusts, Kartelle &c. für das wirtschaftliche Leben haben. Aber mit Specialgesetzen sei gegen sie wenig auszurichten, wie das Vorgehen in Amerika beweise. Zölle fördern die Kartelle, darum könne man gegen sie auch nur etwas thun bei Gesetzen, wie dem vorliegenden. Die Kartelle verschleudern inländische Arbeit an das Ausland, das müsse verhindert werden. Als Entschädigung für dieses gemeingefährliche Verfahren giebt man an, man thue das, um die Arbeiter beschäftigen zu können. Das ist Heuchelei; nicht die Sorge um die Arbeiter, sondern um den Profit ist der Anlaß zu diesen Schleudereien. Dann müsse der inländische Konsument immer teurer kaufen, und diese Räuberei pflanzte sich bis auf die Arbeiter fort, denen man niedrige Löhne zahlte. Unser Antrag will der Schleuder- und Raubwirtschaft der Kartelle ein Hemmnis entgegensetzen, damit nicht die deutsche Industrie mit Hilfe dieser Kartellpolitik niederkurriert werden kann. Redner führt Beispiele der schädlichen Kartellwirtschaft an, besonders im Schiffbau habe sie ruiniert gewirkt.

**Graf Fosadowsky:** Die Kartelle seien eine höchwichtige wirtschaftliche Erscheinung, der man mit außerordentlicher Vorsicht näher treten muß. Zunächst habe die Regierung Erhebungen über Kartelle angeordnet, die ergaben, daß in Deutschland ca. 400 Kartelle beständen. Ueber das wirtschaftliche Gebahren der Kartelle solle nun im kontrastistischen Verfahren näherer Aufschluß eingeholt werden. Bezüglich des Antrages bemerke er, man müsse in Betracht ziehen, wie die Kartelle wirken in Zeiten wirtschaftlicher Krisen oder wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Maßregel des Antrages könne schädlich wirken. Er hoffe, das Material der Erhebungen über Kartelle in einer Denkschrift mitteilen zu können, freilich, was unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitgeteilt werde, könne nicht veröffentlicht werden. Er bitte, die Erhebungen der Regierung, die in den nächsten Tagen begännen, abzuwarten und keine bindenden Beschlüsse zu fassen.

**Brümel:** Mit solcher administrativer Ruhe könne man nicht der Frage der Kartelle gegenüberstehen, die die Regierung. Die tiefen Schäden, die Kartelle dem wirtschaftlichen Leben verursachen, hätten längst dazu führen sollen, bei der Beratung des Zolltarifs Maßnahmen zu beschließen und zu treffen. Nicht nur die Regierung habe den Kartellen Aufmerksamkeit zuzuwenden, vor allem müsse sich die Gesetzgebung damit befassen und versuchen, die Kartelle unter staatliche Kontrolle zu bringen. Das Vorgehen der Regierung, Erhebungen anzustellen und die Dinge hinzuziehen, bedeute, die Waffen strecken vor den Kartellen. Dessenfalsche, von den Kartellen verursachte Mißstände, sind bekannt, gegen sie hätte man längst vorgehen müssen.

**Graf Fosadowsky:** Im Veredelungsverkehr habe man die Schäden durch Kartelle schon jetzt abzumildern versucht. Jetzt müsse man durch mündliches Verfahren mehr Material sammeln und dann könne man weiter schreiben.

**Graf Kanitz** glaubt, daß die Mitteilungen des Staatssekretärs im ganzen Lande mit großer Gemüthsruhe aufgenommen werden. Aber die Arbeit, über 400 Kartelle genaue Kenntnis zu erhalten, sei eine äußerst schwierige. Redner spricht sich dann gegen den socialdemokratischen Antrag aus, der ausländischen Kartellen Vorteile bringen könne. Er frage, wie sich Mollenbühr die Wirkung gegenüber den Kohls- und Kohlenkartellen vorstelle; nach seiner Meinung sei er diesen gegenüber völlig wirkungslos. Der preussische Eisenbahnminister läßt sich von dem Kohlenkartell die Preise verschreiben, anstatt die Lieferungen auf den offenen Markt zu bringen. Redner belegt mit Zahlen, wie viel teurer der Staat infolgedessen kaufen müsse. — Er rate abzuwarten, was die Enquete der Regierung ergebe.

**Speck** kann sich der scharfen Kritik Brümel's gegen die Ausführungen des Staatssekretärs nicht anschließen, er begrüße das Vorgehen der Regierung. Aber er zweifle, daß im kontrastistischen Verfahren alles das zu Protokoll gegeben werde, was die Allgemeinheit interessiere. Das Verfahren würde in solchem Falle ein problematisches sein. Den socialdemokratischen Antrag halte er praktisch nicht für ausführbar, von Jahr zu Jahr bestöhe für Vereinigungen dann die Sorge, ob sie noch weiter bestehen können. Man könne nur durch ein Reichsgesetz helfen, das die Kartelle unter Staatskontrolle stelle.

**Singer:** Die Ausführungen des Grafen Kanitz setzen diesen in Widerspruch mit sich selbst, wenn ich auch seinen Schilderungen der Kartellgefahr zustimme. Die Ausführungen des Staatssekretärs haben bewiesen, daß er, so lange die Enquete nicht abgeschlossen ist, nichts thun will. Es wird aber geraume Zeit vergehen, ehe die Regierung Klarheit erhält. Bis dahin muß man doch die offenbaren Mißstände abzumildern suchen. Das will unser Antrag. Speck erwidere er, daß nur künstlich Schwierigkeiten dem Antrag gemacht werden, weil man ihn nicht annehmen wolle. Gewiß werden die Kartelle in Unruhe gesetzt durch den Antrag, aber doch nur dann, wenn sie schädliches unternehmen, und das wolle der Antrag, daß schädliche Kartellmaßnahmen unterbleiben. Der Regierung rate er, zu untersuchen, wie schädlich die Kartelle auch als Käufer wirken. Das Enquete-Verfahren erzeuge ihm nach den Darlegungen des Staatssekretärs mangelhaft. In England mache man solche Enqueten öffentlich und es habe sich kein Schaden daraus ergeben. Er wünsche, daß auch Vertreter des Reichstages zugezogen werden und nicht nur die Mitglieder des Wirtschaftlichen Ausschusses. Eine Reihe von Jahren würde wohl vergehen, ehe die Enquete der Regierung zum Abschluß käme. Da ist es doppelt notwendig, jetzt bereits etwas zu thun, deshalb empfehle er den socialdemokratischen Antrag.

**Graf Fosadowsky:** An den preussischen Eisenbahnminister habe er sich gewandt, ihm seine Erfahrungen mitzuteilen, derselbe habe eine Denkschrift in Aussicht gestellt. Die Regierung habe die Anregung Singers, auch der Wirkung der Kartelle als Käufer nachzuspüren, bereits in ihr Programm aufgenommen.

Auf Antrag Hahn's wird die Diskussion geschlossen. Der socialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Hahn erwidert die Socialdemokraten, auf eine Diskussion ihres Antrages 16 zu verzichten, Erfolg würden sie doch nicht haben.

**Stadthagen** findet es höchst erstaunlich, daß Hahn, dem man den Vortritt gemacht habe, er stelle nur Anträge, weil er wisse, daß sie nicht angenommen würden, jetzt in gleicher Weise gegenüber den Socialdemokraten verfare. Der Kartellfreund Hahn habe ja auch den Schluß der Debatte über die Kartelle herbeigeführt, das könne erst recht keine Veranlassung sein, die Dinge übers Aste zu brechen.

Der Vorsitzende will folgende socialdemokratische Anträge zusammenfassen zur Beratung:

als § 1b einzufügen:  
Solange bei der Einfuhr von Getreide in das deutsche Zollgebiet Zölle erhoben werden, sind die Eigentümer eines landwirtschaftlichen Grundbesitzes mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlich benutzter Fläche verpflichtet, für jeden Hektar ihres Besitzes das Zehnjacht des auf den Doppelcentner Weizen gelegten Zolls an das Deutsche Reich zahlen.

2. als § 1c einzufügen:  
Wer zur Entrichtung eines Eingangszolls nicht oder nicht in dem geforderten Betrage verpflichtet zu sein vermeint, ist befugt, seinen Anspruch gerichtlich geltend zu machen. Die Klage ist bei Verlust des Aktenzeichens binnen sechs Monaten nach erfolgter Zahlung des Zollbetrages anzustellen. Zuständig sind, ohne Rücksicht auf den Wert des Streitgegenstandes, die Landgerichte des Bezirks, in welchen die Waren eingeführt sind. Die entgeltliche Bestimmung in § 12 des Vereinszollgesetzes vom 1. Juli 1869 wird aufgehoben.

3. als § 1d einzufügen:  
In jedem Steuer-Direktionsbezirk ist eine Behörde zu errichten, die auf Verlangen über die Zolltariffähigkeit Auskunft zu geben hat, zu welchen bestimmte Waren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiet zugelassen werden.  
Auf Widerspruch Stadthagens steht jedoch der Vorsitzende von seiner Absicht ab.

**Stadthagen** begründet darauf den Antrag 1b. Aus der Statistik ersehe man, daß die Großgrundbesitzer sich im Besitze von 12 Milliarden befinden. Diese Großgrundbesitzer, die über 400 Hektare besitzen, sind nicht unterstützungsbedürftig. Der Antrag nehme nicht vollständig zurück, was durch die Getreidezölle den Großgrundbesitzern zugesprochen wird, er treffe auch nur circa 10 000 Großgrundbesitzer, die nicht nothleidend seien. Nothleidend sei nur der kleine Bauer, dessen größter Konsumant und Verbraucher der Großgrundbesitzer sei, der ihm das Brot, das Futter, die Geräte und alles verteuere. Im Herrenhause habe freilich der Abgeordnete v. Levetzow Äußerungen gemacht, die von einer Not der Großgrundbesitzer zeugen sollten, aber sie treffen nicht zu. Redner legt dann aus der Abrechnung der drei Landeslöcher in Mecklenburg: Dobbertin, Ralsow und Riebnig — deren Rhythier adlige Damen sind, die nie einen Finger für das Gut gerührt haben — da, in wie günstiger Lage sich die Großgrundbesitzer befinden. Ferner füge das Gut Jamitzow im Kreis Greifswald in den letzten 10 Jahren, in denen es dreimal verkauft wurde, von 220 000 auf 450 000 M.

Wenn von den Zuwendungen, die aus der Auswanderung der arbeitenden Bevölkerung durch die Getreidezölle den Großgrundbesitzern gemacht werden sollen, etwas zurückgenommen wird zu allgemeinen Zwecken, ist dies zu unterstützen. In erster Lesung habe ich bereits siffermäßig angegeben, welche Vorteile die Agrarier von den Zöllen haben. Jede Mark Zoll erhöht den Betrag jeden Hektars des Großgrundbesitzers um 10 Mark, bei den eingefüllten Zöllen also um 65 Mark. Ist es Ihr Zweck, auf solche Weise die Reichen noch reicher zu machen, dann müssen Sie meinen Antrag ablehnen; wollen Sie aber nur Nothleidenden helfen, dann können Sie getroßt unsern Antrag annehmen.

Der Antrag 1b wird ohne Diskussion abgelehnt. **Singer** begründet den Antrag 1c und spricht seine Verwunderung aus, daß gegenüber derartigen nothwendigen Anträgen die kompromittierende Mehrheit schweige wie auf Verabredung.

In der Debatte ergreifen Geheimrat v. Henle und Sekretär v. Thielmann das Wort, um zolltechnische Schwierigkeiten gegen den Antrag geltend zu machen.

Der Antrag 1c wird mit zwölf gegen elf Stimmen angenommen.

Zu § 2 des Gesetzes beantragen die Socialdemokraten, dem § 2 Absatz 5 zuzufügen:

Die getroffenen Bestimmungen sind dem Reichstag sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.

**Mollenbühr** begründet den Antrag. Der Antrag wird abgelehnt.

§ 2 und 3 werden darauf angenommen.

Zu § 4 beantragen die Socialdemokraten: in § 4 in Nr. a hinter „Warensendungen“ und in Nr. b hinter „Waren“ zu setzen: „mit Ausnahme von Säcken und Stoffen“, in § 4 dem dritten Absatz zuzufügen:

Die angeordneten Beschränkungen sind dem Reichstag sofort oder, wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.

**Stadthagen** begründet den ersten Antrag. Der Antrag wird abgelehnt.

**Singer** begründet den zweiten Antrag. Der Antrag wird abgelehnt.

Zu § 5 beantragen die Socialdemokraten: a) in Ziffer 4 Absatz 1 die Worte: „jedoch nur ausnahmsweise auf besondere Erlaubnis“ zu streichen, b) in Ziffer 4 Absatz 2 die Worte „auf besondere Erlaubnis“ und den Satz, beginnend mit „Von der Zollfreiheit...“ bis „... Tiere“, zu streichen, c) in Ziffer 4 Absatz 3 nach „lann“ einzufügen: „mit Genehmigung des Reichstages“.

**Lebedenz** begründet die Anträge. Die Anträge werden abgelehnt.

Zu Absatz 5 beantragen die Socialdemokraten die Worte: „auf besondere Erlaubnis“ zu streichen. Nach Begründung des Antrages durch Stadthagen wird der Antrag abgelehnt.

Zu Ziffer 9 beantragen die Socialdemokraten und Müller-Sagan, die Worte in Absatz 1 „mit Ausnahme von Säcken und Stoffen“ in Absatz 2 „unter Festhaltung der Identität“ und den Absatz 3 zu streichen.

Geheimrat Wernuth befruchtete den Antrag, der einstimmig angenommen wird.

Zu Ziffer 11 wird eine redaktionelle Abänderung der Subkommission angenommen. Zu Ziffer 12 beantragt Hahn, dem ersten Satz hinzuzufügen: „desgleichen alle Materialien, die zum Bau, zur Ausrüstung und zur Verbesserung von Eisenbahnen, Klein- und Straßenbahnen verwendet werden.“

Der Antrag wird abgelehnt.

Zu Ziffer 13 wird eine redaktionelle Abänderung angenommen und dann der ganze § 5.

Zu § 6 beantragt Hahn, den ersten Absatz der Regierungsvorlage, der in erster Lesung abgelehnt ist, wieder herzustellen. Der Antrag wird abgelehnt.

Darauf werden die §§ 6 und 7 angenommen. Die Socialdemokraten beantragen, § 7a zu streichen. Spahn stellt einen Abänderungsantrag. Singer begründet den socialdemokratischen Antrag. Eine Ausnahme von Befristungen erwauche den Beteiligten, die für einzuführende Waren Ursprungszertifikate beizubringen haben, wenn

Dieser Paragraph besteht diebe. Seit der ersten Lesung hätten sich Handelskorporationen etc. gegen denselben gewendet und petitioniert. Merkwürdig sei es wieder, wie die Nationalliberalen diese den Handel belästigende Politik fördern, denn die Bestimmung führe geradezu zu Einfuhrverboten und sei geschaffen, die Zollentnahmen noch zu steigern. Außerdem müsse diese Bestimmung zu gerichtlichen Prozessen führen, kurz, sie öffne der Schifffahrt Thür und Thor, belästige Handel und Verkehr in bisher ungelamter Weise und erschwere schließlich den Abschluß von Handelsverträgen. Diese Frage könne nicht dadurch erledigt werden, daß sich einige Parteien zusammensetzen und durch ein Kompromiß Anträge irgend welcher Art glücklich glauben lösen zu können. Die Urprüfungs-atteste werden Neupressalien anderer Staaten hervorgerufen, es ist notwendig, sie durchaus abzulehnen.

Graf Posadowski warnt ebenfalls vor Einführung der Urprüfungs-atteste. Die Bestimmung habe in Handelskreisen die größte Verwirrung hervorgerufen, wie aus Eingaben an die Regierung feststehe. Es werde auch die Verwirrung anderer Staaten hervorgerufen, das beste sei, diese Bestimmung glatt zu streichen. Wollte man das nicht, dann möge man vorläufig den ab-  
**Schluß** wählenden Antrag Spahn annehmen.

Spahn empfiehlt seinen Antrag.  
Pausche tritt für Urprüfungszeugnisse ein und empfiehlt den Antrag Spahn.

Graf Kanitz ist für die Beschlässe erster Lesung, wird im Falle der Ablehnung aber für den Antrag Spahn stimmen.

Rehmel ist gegen Urprüfungsatteste.  
Einger: Die Politik des Grafen Kanitz habe verzweifelte Weisheit mit dem Jargon, der sich freut, daß ihm die Hände erkoren sind, weil ihm sein Vater seine Handschuh gekauft hat. Der Antrag Spahn könne doch nicht als eine Art Warnsignal aufgestellt werden, von solcher Wesensart müsse man sich fernhalten. Zu Interessententzen werde das die Ansicht hervorgerufen, daß es abgemacht sei, in das etwaige Gesetz solle eine ähnliche Bestimmung doch aufgenommen werden.

Müller-Sagan tritt für Streichung des § 7a ein.  
Der Antrag Spahn wird angenommen.  
Darauf wird die Sitzung vertagt.  
Nächste Sitzung Donnerstag 9 Uhr.

## Parteinachrichten.

**60. Geburtstag des Reichstags-Abgeordneten Meißner.** Der Vorsitzende der Controlcomité der socialdemokratischen Partei, unser Genosse Meißner, wird heute 60 Jahre alt. Seit etwa 40 Jahren ist Meißner in hervorragendem Maße im der Gewerkschaft und seit den 60er Jahren in gleicher Weise auch im politischen Leben tätig. Seit bald zwei Jahrzehnten ist er Vorsitzender des Verbandes der Gewerkschaften des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. In den 60er Jahren wurde er Mitglied des allgemeinen deutschen Arbeitervereins, hat wesentlich zur Gotthard Einigung beigetragen, ist seit 1884 Reichstags-Abgeordneter, war seit der Mitte der 80er Jahre Mitglied des Vorstandes der socialdemokratischen Partei. Die Anführung dieser Daten zeigt, welche fruchtbar und mühselige Arbeit unser Meißner — scharfsinnig, energiegeladener, in rüstiger Agitationsarbeit auf dem gewerkschaftlichen und politischen Gebiete noch heute schaffende Geburtstagsglück der Partei noch viele Jahrzehnte erhalten bleiben.

Mit den Verhandlungen des Parteitag in München beschäftigten sich Parteiverfassungen in Bremerhaven, Braunschweig, Breslau und Chemnitz. Die Besprechungen bewegten sich, von kleineren Ausstellungen abgesehen, in zustimmendem Sinne. In der Bremerhaven, wo eine Abstimmungsresolution angenommen wurde, sagte man keine Beschlässe.

Die Parteigenossen von Weimar beschloßen auf ihrem Provinzialparteiabend die Erziehung des Vertrauensmannes durch eine Agitationskommission für die Provinz.

Genosse Adolf Hoffmann-Berlin hat die Kandidatur für den 11. hannoverschen Wahlkreis abgelehnt, da der von den Einberufenen Genossen mit seinem Einverständnis gestellte Antrag, eine Kreisversammlung einzuberufen, welche die Kandidatur bestätigen und eine einheitliche Wahlagitation schaffen soll, von einer Versammlung des Osteroder Wahlvereins abgelehnt ist. Genosse Hoffmann hält unter solchen Umständen ein gedeissliches und einheitliches Zusammenarbeiten zum Besten der Partei für ausgeschlossen.

## Der Koniker Mord vor dem Berliner Gericht.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich in der Sitzung am Mittwoch auf die Vernehmung des Bürgermeisters Deditius aus Konig.

Auf Antrag des Staatsanwalts Kanjow und unter Widerspruch der Verteidigung gelangen die Aufzeichnungen des Tagebuchs zur Verlesung. Sie zeigen, daß die polizeilichen Recherchen fortgesetzt nach allen Richtungen hin stattgefunden haben und auch der gegen Juden und speziell gegen Adolf Lewy geltend gemachte Verdacht zu Erhebungen nach dieser Richtung hin geführt hat. Die Aussagen der einzelnen in dem Vorverfahren vernommenen Zeugen und die dabei gemachten Beobachtungen sind in dem Tagebuch sehr eingehend aufgezeichnet worden. Zur Charakteristik des ermordeten Ernst Winter werden in dem Tagebuch die Aussagen zahlreicher Mitschüler desselben und mehrerer weiblicher Personen wiedergegeben, wonach Ernst Winter in sittlicher Beziehung einen Lebenswandel geführt habe, der im Widerspruch zu seiner Jugend gestanden und daß er wiederholt mit öffentlichen

### Dinen verkehrt

habe. An einer Stelle des Tagebuchs wird als „Ergebnis der bisherigen Ermittlungen“ hingestellt: Für einen Ritualmord in der Synagoge spricht nur ein Angehöriger, der von zwei verschiedenen Parteien gehört worden ist. Der Verdacht gegen das Hoffmannsche Haus kann als ganz beiseite gelassen, ebenso der Verdacht gegen das Wehlfische Haus. Das Tagebuch stellt als möglich hin, daß Winter mit einem Frauenzimmer sich eingelassen habe und von einem Zuhälter, mit dem er Streit bekommen, getötet sein könnte. Aus dem Tagebuch geht weiter hervor, daß 12 bis 14 besetzte Bente eine Nachtwache eingerichtet hatten, die die verschiedensten Punkte besetzten und sorgfältig auf etwa sich ereignende Vorgänge achteten, daß verschiedene Abteilungen des Wächters Posten besetzten haben und eine Reihe von Angaben der verschiedenen Personen registriert und weiter verfolgt worden sind. — Bürgermeister Deditius erklärt auf Befragen, daß er allen Anregungen willig Folge gegeben habe. Es sei sogar soweit gegangen, daß man dem Ansuchen, sich mit der Plünderung des ermordeten Ernst Winter in Verbindung zu setzen, nachgegeben sei. Die betreffende

### Gefährlich

habe Gelegenheit gehabt, ihre abenteuerlichen Weisheiten von sich zu geben. — Präsident Landgerichts-Direktor Dpig: Sie weisen also wohl den Vorwurf von sich, daß Sie ein Parteigenosse der Juden seien und alles, was die Juden belastet, mit Ausdrücken wie „Quatsch“ und dergleichen abgewiesen haben. — Zeuge Deditius: Das ist absolut unwahr. Ich habe in zahlreichen Fällen Gelegenheit gehabt, die Recherchen auch gegen die Juden zu führen und ich habe ja auch die sorgfältige Durchsicht der Synagoge angeordnet. Unter den vielen Angriffen, denen ich ausgesetzt worden bin, rührt mindestens der dritte Teil von jüdischer Seite her. Die jüdischen Einwohner hatten es mir übel genommen, daß die Synagoge durchsucht worden war. Es ist mir wie allen in dieser Sache tätigen Beamten gegangen; sie konnten machen was sie wollten, sie hatten immer abschließende Kritiker auf der einen oder anderen Seite. — Rechtsanwalt Dr. Hahn vernimmt im Protokoll über die Durchsicht der „sämtlichen Geschäfts- und Wohnräume“ des Lewy. Er behauptet, daß die Durchsicht in durchaus un-

genügender Weise erfolgt sei. Der Schlächtermeister Lewy habe bei einer Aussage im Januar 1901 behauptet, daß bis dahin sein Schlächterhaus überhaupt noch nicht durchsucht worden sei. Bei dem Masloff-Prozess habe sich auch herausgestellt, daß inwieweit die Räucherlampe des Lewy verändert worden sei und daß man bei der Durchsicht in den Räucherzellen lediglich hineingeleuchtet habe. — Der Zeuge erklärt, daß er bei den Hausdurchsuchungen seinen Leuten einen gewissen Spielraum lassen müsse und nicht in jedem einzelnen Fall dabei sein könne. Bei der fraglichen Durchsuchung habe es sich in erster Linie um Nachfragen nach dem Papayer gehandelt. — Angekl. Bruhn macht darauf aufmerksam, daß bei der Hausdurchsicht vor dem

### Leuzschens Schlafzimmer

Schlaf gemacht worden sei, weil Frau Lewy krank gewesen sei. Dafür müsse doch der Bürgermeister Deditius als Polizeibeamter verantwortlich gemacht werden. Der Angeklagte richtet weiter eine Reihe von Fragen an den Zeugen, ob er in verschiedenen Fällen Mitteilungen und Anzeigen in der Winterschen Nordstraße mit Ausdrücken wie „Insinn!“ „Quatsch!“ und dergl. begleitet habe. Der Zeuge bestritt dies. Bei einer Erwähnung des Polizeibeamten Freuh bei dieser Auseinandersetzung erklärt der Zeuge u. a.: Polizeibeamt Freuh ist gerade derjenige gewesen, der den Verdacht auf Hoffmann, den er (Zeuge) selbst gar nicht geteilt habe, lenkte. Ich war erkrankt, daß er später ganz anders sprach. — Rechtsanwalt Sonnenseld: Hierzu muß bemerkt werden, daß andererseits der Verdacht gegen den Platz von einem gewissen Gebrüde erhoben worden sei. Dadurch werde das Märchen zerstört, daß Juden den Verdacht auf alle möglichen Personen gelenkt hätten, um ihre eigene Schuld zu bemänteln.

Rechtsanwalt Simons: Ist der Zeuge ein

### Feind der Antisemitischen-Bewegung?

Zeuge: Keineswegs. Ich bin in einer großen Provinzstadt gerade deshalb nicht gewählt worden, weil ich als Antisemit verfaßt war. Ich bin weder Antisemit noch Philosoph. — Rechtsanwalt Simons: Ist Ihnen bekannt, daß Sie in Streichen den Spitznamen „Antisemitentöter“ hatten? — Zeuge: Das habe ich aus der „Staats-“ „Ztg.“ erfahren, bisher war mir nichts bekannt. (Heiterkeit). — Verteidiger: Ist Ihnen bekannt, daß in Streichen eine Bewegung gegen Sie bemerkbar war? — Zeuge: Nein. — Verteidiger: Ist Ihnen bekannt, daß in Konig eine Bewegung gegen Sie besteht? — Zeuge: Der Bürgermeister einer kleinen Stadt, in dessen Person sich die verschiedensten Funktionen vereinigen, müßte ein Engel sein, wenn er nicht Gegner hätte.

Rechtsanwalt Hahn kommt darauf zurück, daß Herr Caspar eine Rupe von 5000 M. beansprucht, und fragt den Zeugen, ob nicht die Bewegung gegen die Juden schon älteren Datums sei. — Der Zeuge bestätigt dies. — Staatsanwalt Kanjow: Ist nicht die Agitation gegen die Juden durch die „Staatsbürger-“ „Zeitung“ wesentlich vergrößert worden? — Zeuge: Ja. — Staatsanwalt Kanjow: Hat nicht eine Gratisverteilung der „Staats-“ „Zeitung“ stattgefunden? — Der Zeuge bejaht dies. Nach seiner Kenntnis haben sogar Bewohner des Ortsarmenhauses gratis Nummern der „Staatsbürger-“ „Zeitung“ erhalten. — Angekl. Bruhn bestritt entschieden, daß er die Erregung gegen die Juden hervorgerufen. Die Erregung sei eine dauernde geworden, als Hoffmann verhaftet wurde. Die Zufassung von Nummern der „Staatsbürger-“ „Zeitung“ sei anlässlich der Wahlen erfolgt. — Bürgermeister Deditius: Die eigentliche Bewegung gegen die Juden habe sich gezeigt, als die anfangs April stattfindende Erziehung zum Abgeordnetenhaus in Aussicht stand. Man nahm damals an, daß politische Gründe dabei obwalteten und Centrum und Polen die Bewegung veranlassen. Unter den Wahlmännern befanden sich nämlich 41 Juden, die immer mit den

### Konservativen

und Deutschen stimmten, und da soll dann, wie angenommen wurde, die Bewegung eingeleitet haben, um dies zu verhindern. Die jüdischen Wahlmänner haben aber doch gewählt, aber allerdings unter dem Schutz der Gendarmen. Die Erregung sei dann bei der Verhaftung Hoffmanns noch größer geworden. — Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Bürgermeister Deditius, daß unter den 11000 Einwohnern in Konig damals 481 Juden waren. Diese Zahl ist seitdem um etwa 350 zurückgegangen. — Rechtsanwalt Dr. Hahn: Die „Staatsbürger-“ „Zeitung“ habe bei ihren sämtlichen Artikeln immer wieder die Warnung vor einer Hege gegen die Juden ertönen lassen.

Die Vernehmung des Zeugen Deditius ist hiernit beendet. Der nächste Zeuge ist Kriminalkommissar Wehn. Er ist am 25. März nach Konig gekommen und hat dort die Recherchen aufgenommen. Es sei alles Erforderliche gesehen und die Wahrheit sei geradezu auf den Kopf gestellt, wenn man behauptet, es sei den Juden gegenüber abgestimmt worden; im Gegenteil, es sei viel zu viel gegen die Juden unternommen worden. Die Nachfragen seien keineswegs lediglich gegen christliche Personen geführt worden. Auch die Idee, daß ein Schlächter der Täter sein müsse, sei nach allen Richtungen hin verfolgt worden.

Zeuge Kriminalkommissar Wehn hat über seine in der Winterschen Nordstraße entwickelte Tätigkeit einen umfangreichen Bericht an den Ersten Staatsanwalt erstattet, der vollständig zur Verlesung gebracht wird.

Auf Verhalt des Rechtsanwalts Dr. Hahn bestritt der Zeuge Kommissar Wehn, daß er die Frau Winter bei einer Gelegenheit ungebührlich behandelt habe. Er tritt auch der Behauptung entgegen, daß angeblich er und Kriminalinspektor Braun sich an Ort und Stelle gar nicht davon überzeugt hätten, ob die Wahrnehmungen, die Masloff gemacht haben wollte, objektiv möglich waren. Solche objektiven Feststellungen seien in sehr sorgfältiger Weise erfolgt. Es sei auch besonders versucht worden festzustellen, ob die Aussage der Schwiegermutter des Masloff, Frau Moj, richtig sein könne. Diese habe behauptet, sie habe von der Straße aus bemerkt, wie Lewys Nichte, Helene Lewy, mit einer Lampe in der Nacht vom 11. März aus dem Leuzschen Keller herabgestiegen sei. Er und seine Kollegen hätten festgestellt, daß das Bemerkte eines Lichtscheins unter dem behaupteten Nebenumbständen nicht möglich war. Als später die Geschworenen in Konig in großer Zahl die Militärinspektion vornahmen, haben infolge eines besondern Zufalls die Geschworenen zu können geglaubt, daß der Lichtschein doch bemerkbar sei. — Rechtsanwalt Dr. Hahn und Angeklagter Bruhn halten eventuell eine

### Verlesung der betreffenden Koniker Geschworenen

für nötig. Der Vorsitzende erklärt, daß all' dies noch weit abseits von der hier zu verhandelnden Angelegenheit liege. Es sei doch nicht angängig, daß hier alle Differenzen, die sich in den verschiedenen Prozessen ergeben haben, erörtert werden. — Auf Befragen des Verteidigers bestätigt der Zeuge Wehn, daß, als er nach Konig kam, ihm die sorgfältigen Aufzeichnungen des Bürgermeisters Deditius bekannt waren, und daß ein Verdacht gegen den Fleischmeister Hoffmann ausgeschlossen sei. Diese seine eigene Ansicht begründe sich aber darauf, daß der Mord zwischen 2 und 4 Uhr passiert sein müsse, während Kriminalinspektor Braun diese Zeit bis auf 7 Uhr ausdehnen zu können glaube. — Rechtsanwalt Dr. Hahn macht darauf aufmerksam, daß seiner Zeit von dem Herrar König die Anzeige erstattet worden sei, daß der Fleischmeister Eisenstadt aus Schlohan, von dem behauptet wurde, er sei am Tage der That in Konig gewesen, gerade am 11. März im St. Borromäus-Stift, wo er als Kranken ausgenommen worden war, gefügt habe. Es sei auffallend, daß der Zeuge als Kriminalist nach der angegebenen Richtung hin keine weiteren Recherchen angestellt habe. Zeuge Wehn bestritt dies. Tatsächlich sei dem Hauptmann Wehn der Auftrag geworden, im St. Borromäus-Stift Ermittlungen anzustellen, in welcher Nacht Eisenstadt gefügt habe. Das Resultat war, daß die Frage mindestens unangenehm blieb. — Rechtsanwalt Sonnenseld glaubt aus den Akten bestätigen zu können, daß das Fehlen des Eisenstadt gerade am 11. März nicht nachgewiesen worden sei. — Angekl. Bruhn tritt der Behauptung des Zeugen entgegen, daß

### Adolf Lewy sein Alibi

nachgewiesen habe. Dieser Nachweis sei nicht einmal in der gerichtlichen Verhandlung gegen Masloff als festgestellt erachtet worden. — Staatsanwalt Kanjow: Ist es wahr, daß der Zeuge in Bezug auf einen Zeugen sich dahin geäußert hat: „Dem kann man ja nicht glauben, dessen Bruder ist katholischer Geistlicher, und der wird ihm wohl den Glauben an Ritualmord beigebracht haben.“ Diese Behauptung hat unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität der Abgeordnete Werner aufgestellt. — Zeuge Wehn bestritt diese Behauptung mit großer Entschiedenheit. — Rechtsanwalt Dr. Hahn wünscht Auskunft darüber, ob dem Zeugen bekannt geworden, daß von einzelnen Personen darauf hingearbeitet worden sei, den Verdacht auf christliche Personen zu lenken, insbesondere, ob ihm bekannt sei, daß Schiller und Rauch im Dienste des Altschlohan Verlages und des Dr. Reipziger nach dieser Richtung hin tätig waren. — Zeuge: Das wisse er nicht, er möchte doch aber fragen, in welchem Auftrage Herr Werner aus Landsberg a. W., Herr Wiencke usw. dort tätig waren? — Rechtsanwalt Dr. Hahn: Weiß der Zeuge etwas davon, daß der Kriminalinspektor Braun Berichte des Schiller als Unterlage für seinen Bericht benutzt hat? — Zeuge weiß nichts davon. — Als Zeuge wird lobend

### Kriminalinspektor Braun

vernommen. Auch er berichtet eingehend über seine in Konig entwickelte Tätigkeit, die bei den dortigen Verhältnissen außerordentlich schwierig gewesen sei, weil normale Recherchen fast unmöglich waren. Andernfalls wären die Erfolge wahrscheinlich größer gewesen. Er selbst sei absolut unbefangenen nach Konig gekommen und habe unbefangenes alles geprüft, was ihm von haben und drüben entgegen gebracht wurde. Der Zeuge legt dann dar, daß zunächst eine Thätigkeit des Hoffmann ausgefallen erschien, wenn man es als positiv feststellend erachtete, daß der Mord zwischen 2 und 4 Uhr passiert sein müsse. Eine solche positive Feststellung liege aber nicht vor. Im Laufe seiner Recherchen sei er immer mehr zu der Ueberzeugung gekommen, daß nicht Mord, auch nicht einmal Totschlag, sondern Körperverletzung mit tödlichem Erfolge vorliege und daß eine große Reihe von Verdachtsmomenten gegen den Schlächtermeister Hoffmann vorlägen. Winter habe mit der Anna Hoffmann verkehrt, er habe sich mit ihr zahlreiche Rendezvous gegeben, die Intimität sei so weit gegangen, daß sich die beiden jungen Leute durch Pfeifen bestimmte Zeichen gaben. Winter sei von Hoffmann wegen dieses seines Verkehrs mit der Anna Hoffmann bedroht worden, letzterer habe seine Lehrlinge am Abend des 11. März gleich nach dem Abendbrot entlassen, es sei von Zeugen mitgeteilt worden, daß am jenem Abend ein fürchterlicher, aus dem Hoffmannschen Grundstücke kommender Gestank, der vielleicht vom

### Verbrennen von Kleidungsstücken

wahrnehmbar gewesen sei. Kurz, diese Befragungsmomente, in Verbindung mit zahlreichen, den Hoffmann belastenden Umständen seien für ihn maßgebend gewesen, um den Schlächtermeister Hoffmann der That dringend verdächtig erscheinen zu lassen und seine vorläufige Festnahme anzuregen. Er sei bei seinen Recherchen nach dieser Richtung hin im wesentlichen auf das vorhandene Aktenmaterial und auf die vorliegenden Verhaftungen einer Reihe von Personen angewiesen gewesen. Er habe den Schlächtermeister Hoffmann kommen lassen und nachdem er ihn und seine Tochter vernommen, habe er namentlich aus der völligen Unbefangtheit der Anna Hoffmann doch die Ueberzeugung gewonnen, daß sich der Verdacht gegen ihn nicht aufrecht erhalten lasse. Hoffmann sei dann auch sofort nach dieser Vernehmung auf freien Fuß gesetzt worden. Man habe darauf in Konig die Hute gebraucht, auszusprechen, daß die Entlassung bloß eine vorläufige sei und Hoffmann bald wieder verhaftet werden würde, was die herrschende Erregung noch sehr vergrößerte. Er habe von beiden Seiten alle Mitteilungen entgegengenommen und sich vorbehalten, selbst zu prüfen, was er daraus verwerten könne, auch von Schiller und Rauch seien ihm solche Mitteilungen geworden. Nach seiner Kenntnis seien die letzteren tätig gewesen, um die Behörden zu unterstützen, während andererseits ein Uebervachungs-Komitee bestand, welches sofort konterlatierte. — Angekl. Bruhn bestritt diese Behauptung.

Auf Antrag des Staatsanwalts wird der umfangreiche Bericht des Kriminalinspektors Braun an den Ersten Staatsanwalt verlesen, in welchem er seine Ansichten über den Mord, seine Wahrnehmungen und die

### Verdachtsmomente gegen Hoffmann

darlegt. In dem Berichte werden die letzteren als ganz erdrückend bezeichnet, es heißt auch darin, daß der Kommissar von dem jeden gebildeten Christenmenschen beschämenden Gedanken eines Ritualmordes von vornherein Abstand genommen habe. Auch über die älteste Tochter des Hoffmann, jetzige Frau Martha Lehmann, werden in dem Bericht einige Bemerkungen gemacht, die dem Rechtsanwalts Dr. Hahn Veranlassung zu der Frage geben, wieso der Kriminalkommissar ohne eigene Nachforschungen und ohne Nachprüfung so schwere Verdächtigungen gegen ein völlig intaktes junges Mädchen aussprechen konnte. Die stattgehabte Voruntersuchung gegen Hoffmann sei der größte Mißgriff in dieser ganzen Angelegenheit. — Zeuge Braun erwidert, daß er nur die in den gerichtlichen Akten vorhandenen Andeutungen über den Ruf der Martha Hoffmann in seinem Berichte verwertet habe. — Vorsitzender, Landgerichtsdirektor Dpig: Zweifelloserweise ergab sich aus den Akten, daß solche Gerüchte über Frau Martha Hoffmann verbreitet waren, es sei Veranlassung genommen worden, denselben nachzuforschen und es sei festgestellt worden, daß dieselbe völlig intakt sei. Bei diesen ganzen Gerüchten sei doch als mildernder Umstand zu betrachten, daß das junge Mädchen, als es von Konig weggegangen war, in Danzig aus unbedeutender Veranlassung einen Frauenarzt habe aufsuchen müssen.

Rechtsanwalt Simons ist gleichfalls erstaunt, wie es möglich war, auf Grund solcher unprüften Gerüchte hin einen Antrag auf Verhaftung zu stellen. — Dpig: Wir haben doch von dem Zeugen schon genügend gehört, welche Umstände ihn bewegen haben, um den Verdacht gegen Hoffmann als begründet erscheinen zu lassen. — Staatsanwalt Kanjow: Hat der Angeklagte Bruhn nicht zu dem Zeugen gesagt: Sie werden nicht weiter kommen, wenn Sie die Sache nur nach der polizeilichen Seite behandeln, sie muß auch

### politisch behandelt

werden? — Zeuge Braun: In einem Gespräch habe ihn der Angeklagte Bruhn nahegelegt, daß er doch aus der Zeuge näher treten solle, es nicht Ritualmord vorliege. Er habe ihm darauf erwidert: „Das hat mit der Politik nichts zu thun, für mich handelt es sich nur um den Täter, ganz gleich ob er Jude oder Christ ist.“ — Angekl. Bruhn: Der Zeuge hat in seinem Bericht betont, daß ein gebildeter Mensch an einen Ritualmord nicht glauben könne. Dann hält er mich wahrscheinlich nicht für einen gebildeten Menschen; an seinem Bericht aber kann auch kein gebildeter Mensch glauben. — Präsi.: Es giebt doch, wie dem Angeklagten bekannt sein wird, eine ganze Anzahl von Personen, die die Ansicht des Zeugen über den Ritualmord teilen. — Angeklagter Bruhn: Aber ebenso viele mindestens, die meiner Ansicht sind. — Zeuge Braun: Ich bin im Orient, im Kaukasus, unter Juden groß geworden, aber nie etwas von einem Ritualmord gesehen oder gehört. — Angeklagter Bruhn: Hat der Kriminalkommissar Braun nicht mit dem jüdischen Agenten Rauch Stat gespielt? — Zeuge: Jawohl! — Angeklagter Bruhn behauptet, daß der Zeuge Braun es gewesen, der durch die Verhaftung Hoffmanns die Erregung in Konig hervorgerufen habe. — Rechtsanwalt Dr. Hahn läßt aus dem Akten feststellen, daß das Verfahren gegen Hoffmann wegen erwiehener Unschuld eingestellt worden sei. — Zeuge Braun behandelt dann noch das Thema der bei der Leiche des Winter festgestellten Unflure und führt aus, daß er gleich von Anfang an sich in Gegenlag zu dem ersten „erbärmlichen“ ärztlichen Gutachten gesetzt habe. Der Vorsitzende rügt diesen Ausdruck und bittet den Zeugen, sein Temperament zu zügeln. — Zeuge Braun erklärt, er habe nur sagen wollen, daß das erste Gutachten durch die oberen Gutachten keine Befestigung gefunden habe.

Dies wird die Verhandlung abgebrochen und die Fortsetzung auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

# Aus Industrie und Handel.

**Deutsche Bank.** In der heutigen Sitzung des Aufsichtsrats der Deutschen Bank wurde der Rechnungsabschluss für das erste Halbjahr 1902 vorgelegt. Die von der Direktion gemachten Mitteilungen über das Gesamtresultat der Bank im ersten Semester sowie über den Geschäftsgang seitdem wurden mit lebhafter Befriedigung entgegen genommen. Die Umsätze zeigen erhebliche Vermehrung.

**Der Centralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine** hat in seiner am Montag, den 20. September, 8. 3. Uhr gethabten Sitzung nach eingehender Diskussion, an der sich die Delegierten zahlreicher Fachverbände beteiligten, einstimmig folgende Resolution beschloffen:

Der Centralausschuß hiesiger kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine hält es im gleichmäßigen Interesse der Handelskammer-Mitglieder wie der Handelskammer-Wähler für unbedingt geboten, daß die Sitzungen der Handelskammer grundsätzlich öffentlich sind. Der Centralausschuß beharrt deshalb lebhaft den gegen die grundsätzliche Öffentlichkeit der Handelskammer-Sitzungen gerichteten Beschlüssen; insbesondere spricht der Centralausschuß seine Mißbilligung darüber aus, daß für diesen Beschlüssen auch zwei Mitglieder der Handelskammer eingetreten sind, die seiner Zeit bei den Wahlen zur Handelskammer die Unterstützung des Centralausschusses unter der Voraussetzung erhalten haben, daß sie für die von dieser Körperschaft seit Jahren geforderte prinzipielle Öffentlichkeit der Sitzungen der offiziellen kaufmännischen Vertretungen gleichfalls eintreten. Der Centralausschuß richtet an die ihm zugehörigen oder ihm nahestehenden Mitglieder der Handelskammer die dringende Bitte, von der in der Geschäftsordnung der Handelskammer ausgesprochenen Möglichkeit, einzelne Sitzungen der Handelskammer zu öffentlichen zu gestalten, den weitestgehenden Gebrauch zu machen und insbesondere bei allen Fragen, die geeignet sind, das Interesse größerer Kreise der Handelskammer-Wähler zu erwecken, grundsätzlich die Öffentlichkeit der Sitzungen zu beantragen. Zugleich gibt der Centralausschuß der Auffassung Ausdruck, daß bei allen zukünftigen Wahlen nur solche Kandidaten zu unterstützen sind, die die Gewähr dafür bieten, daß sie für die grundsätzliche Einführung der Öffentlichkeit der Handelskammer-Sitzungen mit aller Entschiedenheit eintreten.

Die Wiener Länderbau veröffentlicht jetzt endlich eine längere Darstellung der Unternehmungen Jelineks, insbesondere seiner Wagnerschaften im internen Schienenbau sowie im Schienenbau der Länderbau mit der Österreichisch-ungarischen Bank und dem Giro-Kassenderein. Es ist Jelinek, der im Jahre 1891 in die Dienste der Länderbau getreten war und vorerst nur zu untergeordneten Arbeiten in der Kasse verwendet wurde, gelang es ihm allmählich derartig das Vertrauen seiner Vorgesetzten zu erschleichen, daß sich sein Tätigkeitsfeld immer mehr erweiterte. Er konnte schließlich sogar den der Kassendirektion und der Hauptkasse allein zustehenden Verkehr mit den vorgenannten beiden Giro-Instituten gänzlich an sich reißen. Es wurden instruktionswidrig nur die Geldbeträge der Kassen allabendlich revidiert, ohne die Chefs in die Revisionen einzubeziehen. Die Unternehmungen reichen bis in das Jahr 1895 zurück und erreichten Ende 1900 die Höhe von 1.987.796 Kronen, im Juli 1902 3.994.881 und am Tage der Einweisung, am 18. v. M., den enormen Betrag von 4.026.771 Kronen. Die Mitteilung sagt zum Schluß, die vorgekommenen schweren Mißhandlungen an den Tag zu bringen, wird Sache der im Zuge befindlichen Untersuchung sein, um den Grad der Schuld jedes einzelnen der betreffenden Beamten festzustellen, und es werden unverzüglich die hieraus sich ergebenden Maßnahmen getroffen werden.

**Englisches Abkommen mit dem transatlantischen Schiffsahrtstrakt und der Cunard-Linie.** In Sheffield hat gestern der Präsident des Handelsamtes Gerald Vaux eine Rede gehalten, in der er die Meldungen von dem Bestehen eines Abkommens der Regierung mit der Cunard-Linie bestätigte und mitteilte, daß die britische Regierung sowohl mit der Cunard-Gesellschaft wie mit Pierpont Morgan ein Abkommen getroffen habe. Mit Morgan habe sich die Regierung dahin verständigt, daß die in den atlantischen Schiffsahrtstrakt eingeschlossenen Schiffe hauptsächlich britische Schiffe bleiben. Offiziere und Mannschaften sollen zum überwiegenden Teil aus Engländern bestehen, und ferner soll die englische Regierung berechtigt sein, zu jeder Zeit unter gewissen festgesetzten Bedingungen Schiffe des Morgan'schen Schiffsahrtstrakts anzulassen oder zu quartieren.

Die Cunard-Gesellschaft erhält, wie durch Schreiben ihrer Verwaltung an die Aktionäre bekannt wird, eine jährliche staatliche Unterstützung von 150.000 Pfd. Sterl. Dafür übernimmt die Gesellschaft die Verpflichtung, zwei große Schnelldampfer für den transatlantischen Verkehr zu bauen. Das Geld zum Bau dieser Dampfer leiht die Regierung zum Zinssatz von 2 1/2 Proz. Das Darlehen ist von der Gesellschaft innerhalb 20 Jahren in Jahresraten zurückzuzahlen.

Das Abkommen bleibt 20 Jahre in Kraft von der Vollendung des zweiten Dampfers an gerechnet. Die Gesellschaft soll ein völlig englisches Unternehmen bleiben und die Prämie nicht unangemessen erhöhen.

**Vom amerikanischen Geldmarkt.** Die gestern gemeldeten Anordnungen des amerikanischen Schatzsekretärs haben bewirkt, daß man gestern an der New Yorker Börse die Aussichten des Geldmarktes weit günstiger beurteilte; doch wurden vielfach Bedenken geäußert, ob die Verfügungen mit den bisherigen Traditionen des Schatzamtes in Einklang zu bringen seien, da bisher stets darauf gehalten worden sei, daß für Regierungsschulden Sicherheit durch Hinterlegung von Staatsobligationen geleistet werde. Jedenfalls nur zu dem Zwecke, diese Bedenken zu beseitigen, erklärte der Schatzsekretär Shaw einem Berichterstatter gegenüber: die Sicherheiten, wie zum Beispiel Gemeinde-Obligations, welche die Regierung an Stelle von Regierungsbonds zulassen werde, würden solche sein, die die höchste Würdigung im Fall einer Finanzpanne böten und in London ebenso gut als in New York angesehen seien. Die Darlehen auf solche Sicherheiten würden auf 65 Proz. vom Nennwert beschränkt werden. Es sei ihm versichert worden, daß infolge seines Vorgehens heute volle 40 Millionen Dollar bar in den freien Verkehr gelangen würden.

## Sociales.

**Menschenjagd.** Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ berichtet aus Dresden folgenden lehrreichen Vorfall: In nicht geringer Aufregung gerieten gestern nachmittags 3 Uhr die Einwohner an der Dreikönigs-Kirche. Einige Leute schrien aus Leibeskräften: „Halt auf!“ Derjenige, hinter dem dieser Ruf erscholl, war ein Arbeiter in einer blauen Schürze. Er lief aus der Meyerstraße über die Hauptstraße und den Platz an der Dreikönigs-Kirche nach der Nicollstraße. Die Augen waren ihm stets auf den Fersen und ebenso auch zwei Gendarmen. Im Augenblick wußte die Menschenmenge hinter dem gebedeten Menschen nichts. Endlich erwiderte man den Hilferuf: Die Gendarmen blühten sich auf ihn. Einer packte ihn rechts, der andere links. Der Verhaftete war freibleich und ging mit geschlossenen Augen, als wenn er die Mäße der Menschenmenge, die sich um ihn drängte, fürchtete. Nach der Art der Festnahme und des Transports zu urteilen, glaubte man ziemlich allgemein, einen Mörder oder Einbrecher vor sich zu haben.

Der Mann hatte gebettelt. Er ist neun Wochen ohne Arbeit und hat zu Hause eine schwangere Frau und vier unwillige Kinder. „Die Not bei den Leuten ist so groß“, erklärte eine Arbeiterfrau, die den Vorfall angesehen hatte, „daß wir ihnen neulich zwei Brote ins Zimmer legten. Aber was will das helfen.“ Eine andre Arbeiterin teilte mit, der Verhaftete sei ein fleißiger und tüchtiger Mann. Er hätte schon vor acht Tagen gesagt, um wie er sich seinen andren Rat. Jetzt müsse er betteln gehen!

Man sollte einige Pfund anstellen, damit sich die armen Gendarmen wegen eines kumpigen Arbeitslofen, der betteln geht, nicht so abgeben brauchen.

**Polnische Stimmzettel bei Gewerbegerichtswahlen.** Die Zeitschrift „Das Gewerbegericht“ berichtet über eine interessante Sparsamkeit bei den Wahlen zum Gewerbegericht in Posen. Demnach war bei den regelmäßigen Wahlen zum dortigen Gewerbegericht im August 1900 die Mehrzahl der Stimmzettel in polnischer Sprache gedruckt (Vor- und Zuname und Stand). Der Vorsitzende des Wahlvorstandes wollte diese Zettel beanstanden, weil sie ihm nicht verständlich seien. Die vier Beisitzer jedoch waren entgegengelegter Meinung und so wurden die Zettel vom Wahlvorstande durch Mehrheitsbeschluss für gültig erklärt. Darauf erhob der Magistrat der Stadt Posen Beschwerde gegen die Wahlen beim Bezirksauschuß mit dem Antrage, die Wahlen für ungültig zu erklären. Der Bezirksauschuß folgte dem Antrage des Magistrats, erklärte die polnischen Stimmzettel und damit die Wahl der durch sie gewählten Beisitzer für ungültig.

Die davon betroffenen Beisitzer riefen die Entscheidung des Provinzialrates an und dieser hob die Entscheidung des Bezirksauschusses mit der Begründung auf, daß dem Magistrat überhaupt kein Beschwerderecht zustehe. In eine Prüfung der Frage, ob die polnischen Stimmzettel ungültig seien, trat der Provinzialrat nicht ein, da keine formell zulässige Beschwerde vorlag. Es bleibt demnach bei der Entscheidung des Wahlvorstandes.

**Der Gesekentwurf betreffend die kaufmännischen Schiedsgerichte** wird, wie die „Hand. Nachr.“ erfahren, innerhalb der Regierung als Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz ausgearbeitet. Ist diese Mitteilung richtig, so würde der Plan, die kaufmännischen Schiedsgerichte den Amtsgerichten anzugliedern, als gescheitert zu betrachten sein. Doch wollen wir einzuweisen abwarten.

## Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Das sächsische Ministerium des Innern hat in Verfolgung einer Mitteilung des Reichsanlagers über die unheilvollen Folgen der geschlechtlichen Krankheiten und die zwingende Notwendigkeit gemeinsamer Abwehrmaßnahmen ein Gutachten des Landes-Medizinalkollegiums erfordern. Nach diesem Gutachten wird der Weiterverbreitung der Geschlechtskrankheiten dadurch erheblich Vorbehalt geleistet, daß die Krankenklassen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes die ärztliche Behandlung und die Unterbringung der Geschlechtskranken in der Regel ausschließen oder wesentlich beschränken. Es haben fast alle Krankenklassen im Königreich Sachsen beispielsweise gewisse Bestimmungen getroffen, daß für Krankheiten, die sich die Versicherter durch geschlechtliche Ausschreitungen zugezogen haben, kein Krankengeld gewährt wird. Die Aufhebung der diesbezüglichen Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes kann nur im Wege der Reichsgesetzgebung erfolgen. Da aber, so heißt es in dem Gutachten, die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nicht nur im öffentlichen Interesse, sondern vor allem auch im eignen Interesse der Krankenversicherung liegt, so nimmt das Ministerium Veranlassung, die Vorstände der genannten Versicherungen und Klassen auf die bedenklichen Folgen der von ihnen getroffenen statutarischen Bestimmungen hinzuweisen und ihnen dringend anzurufen, die Aufhebung dieser Bestimmungen möglichst bald in Erwägung zu ziehen. Im weiteren werden die Vorstände angewiesen, über die gefahrlöse Entschlebung bis Ende dieses Jahres ihren Aufsichtsbehörden Bericht zu erstatten.

## Aus der Frauenbewegung.

Die sozialdemokratischen Frauen hatten sich am 30. September in den Remisehallen verammelt, um die Berichte der Delegierten von der sozialdemokratischen Frauenkonferenz und vom Parteitag entgegenzunehmen. Genossin Panzera m berichtete über die Verhandlungen der Konferenz, auf die sie ausführlich einging. Zum Schluß gab sie der Hoffnung Ausdruck, daß die sozialistische Frauenbewegung bei Durchführung der gefassten Aktionsbeschlüsse ein gut Stück weiter kommen werde. Sie werde immer mehr werden, was sie sein solle: ein Glied der allgemeinen sozialistischen Bewegung. Sehr erwünscht wäre die Hilfe der Genossinnen. (Beifall.)

Ueber den Münchener Parteitag, seine Verhandlungen und Beschlüsse berichtete Genossin Weyl. Abfällig beurteilte sie nur die Debatte über den Streitpunkt „Sozialistische Monatshefte“ contra „Neue Zeit“, welche ihrer Meinung nach völlig überflüssig gewesen sei. Ihr Gesamturteil ging dahin, daß man mit den Arbeiten des Parteitages durchaus zufrieden sein könne.

Genossin Lieb rügte, daß von der Frauenkonferenz der Antrag auf Anstellung einer besoldeten Sekretärin ohne weiteres abgelehnt sei. Gerade diesen Antrag hätte man wohlwollend näher treten müssen. Auch die Stellungnahme der Konferenz zur Frage der Ausbildung von Agitatoren erregte der Rednerin nicht gütliche. Durch das beabachtete Hineintragen der Agitation in die Werkstätten und die Erziehung in der Gewerkschaft werde zwar in der Arbeiterin das Verständnis ihrer wirtschaftlichen Interessen erweckt, aber Agitationen für die Partei, für die Arbeiterinnenbewegung würden damit noch nicht geschaffen. Ferner ist die Rednerin nicht damit einverstanden, daß der „hohe Ton“ der Leitartikel „Gleichheit“ erhalten bleiben solle. Für die wenig vorgebildeten Arbeiterinnen sei er nicht verständlich, weshalb man jetzt das Blatt, das der Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen gewidmet sei, nicht einmal den meisten Arbeiterinnen empfehlen könne.

Genossin Panzera m trat diesen Ausführungen entgegen. Der Antrag auf Anstellung einer Sekretärin sei so schlecht begründet gewesen, daß man ihn nicht habe annehmen können. Frau Brauer sei allerdings auch dafür eingetreten und habe gemeint, das Geld könnte man vom Parteivorstand verlangen. Darauf habe man aber nicht eingehen können; erst müßten doch die Genossinnen für Gelder sorgen. — Die Agitatoren seien nicht aus den Gewerkschaften hervorgegangen, Genossin Lieb habe also nicht recht. Und in der „Gleichheit“ seien genug Artikel, die von Arbeiterinnen verstanden werden könnten, wenn sie sie nur lesen. — Nachdem noch Genossin Heine und die Genossinnen Thiede und Weyl zu der Angelegenheit gesprochen hatten, erklärte sich die Versammlung mit der Tätigkeit der Delegierten einverstanden.

Die Vertrauenspersonen Frau Weyl und Frau Wengels erstatteten dann ihren Geschäftsbericht. Genossin Weyl hat im verfloffenen Geschäftsjahre eingenommen 472,45 Mark und ausgegeben 471,00 Mark, während Genossin Wengels 662,04 M. eingenommen und 657,54 M. ausgegeben hat. — Den Vertrauenspersonen wurde Decharge erteilt und darauf wählte man für das neue Geschäftsjahr zu Vertrauenspersonen die Genossinnen Panzera m und Wengels. Mit einem Hoch auf die proletarische Frauenbewegung schloß die Versammlung.

## Gerichts-Zeitung.

Die Reformbedürftigkeit der Irrenpflege. Die Auffehen erregenden Vorfälle in der sächsischen Irrenanstalt Herzberge sollten in einer Verhandlung erörtert werden, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts II stattfand. Aus der Untersuchungsakten wurde der frühere Wärter Friedrich Wilhelm Marx erlesen vorgeführt, welcher beschuldigt war, einen seiner Pflege anvertrauten Kranken, den Kaufmann Roth, derart mißhandelt zu haben, daß infolge dessen der Tod eingetreten ist.

Der Angeklagte, welcher 30 Jahre alt und bisher unbestraft ist, befindet sich seit dem 11. April in Untersuchungshaft. Er macht über den zur Anklage stehenden Vorfall folgende Angaben: Er sei früher Holzbildhauer gewesen und vor 3 Jahren als Wärter in der Irrenanstalt Herzberge angenommen worden. Den Kaufmann Roth habe er etwa vier Monate unter Aufsicht gehabt. Er sei ein Schwerverkranker gewesen, der Tag und Nacht im Bette zugebracht habe. Roth habe seinem Wärter viel zu schaffen gemacht, er sei förmig getrieben

und habe sich häufig geweigert, aufs Klosett zu gehen, welches sich hinter dem Saal befand, der an die Halle des Bots trieb. Am Morgen des 10. April habe Roth wieder sein Bett verunreinigt. Der Angeklagte habe ihm befohlen, aufzustehen und nach dem Klosett zu gehen, damit in der Zwischenzeit sein Lager mit reiner Wäsche versehen werden könne. Roth habe weder geantwortet noch Miene gemacht, aufzustehen, worauf der Angeklagte ihn gepackt und zum Bett hinausgezogen habe. Dann habe er ihn vor sich her geschoben durch den Saal 10 nach dem dahinter befindlichen Klosett. Hier habe der Kranke sich geweigert, sich zu setzen, er habe ihn deshalb mit beiden Händen an Hals und Schulter gepackt und ihn auf den Eis niedergedrückt. Als er nun den Rücken gewendet habe, um sich zu entfernen, sei Roth wieder aufgestanden. Nun habe er demselben drei oder vier Stöße mit der Faust gegen den Magen gegeben, so daß Roth den Halt verlor, hintenüber fiel und gezwungen war, sich zu setzen. Dann sei er zurückgegangen, um das Bett des Kranken wieder herzustellen. Nach etwa einer halben Stunde sei Roth verstorben, er, der Angeklagte, könne nicht annehmen, daß er dessen Tod verursacht habe. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten vor, daß die Zeugen und namentlich der Oberwärter Oberländer eine ganz andre Darstellung von dem Sachverhalt gegeben haben. Der Angeklagte erwidert, daß Oberländer sein Todfeind sei, der ihn häufig geschimpft und sogar mit Sägen bedroht habe. Er giebt auf Befragen an, daß in dem Saale Nr. 10, den er mit einem zweiten Wärter zu bebuden hatte, 13 Kranke lagen, die alle so hilflos waren, wie Roth. Der Dienst gehe von morgens 5 1/2 bis abends 8 1/2 Uhr und erfordere unablässige Aufmerksamkeit und Anstrengung. Ein Krankenschwäger bezöge bei freier Station ein monatliches Gehalt von 62 Mark. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es dem dem Wärter nach dem Reglement gestattet sei, einen störrigen Kranken so zu behandeln, wie es von ihm geschehen sei, erwidert der Angeklagte: „Erlaubt ist es wohl nicht.“

Dr. med. Vaer. Arzt in der Anstalt Herzberge, befundet, daß er den verstorbenen Roth behandelt habe. Derselbe habe ein schweres Leiden gehabt, welches ihn nach und nach in einen stumpfsinnigen Zustand gebracht. Als der Kranke ihm gewissermaßen unter den Händen gestorben sei, habe er Herzschwäche als Todesursache angenommen.

Medizinalrat Dr. Pfleger, der den Verstorbenen am 17. April seziert hat, giebt sein Gutachten dahin ab, daß er Schwelungen an den Schläfen wahrgenommen habe. Es hätten sich dort kleine Ansammlungen von getrocknetem Blut befunden und ebenso unterhalb des linken Brustbeins. Es sei anzunehmen, daß Säure mit einem stumpfen Gegenstande die Untergrübe hervorgerufen, Schläge mit der Faust oder Fußtritte könnten dies wohl bewirken. Der Tod sei durch eine Gehirnverhärtung eingetreten.

Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis, wovon 4 Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verübt erachtet wurden.

## Verfammlungen.

Der Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter nahm in seiner Mitglieder-Versammlung am 22. September folgende Resolution an: Die Versammlung erklärt den Streik bei der Firma Ernst Koch u. Co. in allen Punkten für durchaus gerechtfertigt. Sie erstattet die von den betreffenden Herren ausgesprochenen Gerichte, es lägen gar keine Abzüge vor, für unwahr, und verpflichtet sämtliche Kollegen, die Sperre der Fabrik streng aufrecht zu erhalten.

Die Berichtigung der „Berliner Morgenpost“ zu dem Versammlungsbericht der Arbeiter der Großen Berliner Straßenbahn erklärt meine Behauptung, mein Artikel über die unglücklichen Arbeitsverhältnisse bei der Großen Berliner sei interdiert, für unwahr; dieser Artikel sei von ihr vielmehr am Dienstag voriger Woche gebracht worden. Ich habe jene Nummer der „Berliner Morgenpost“ gar nicht und weiß nicht, was mich mehr amüsert: die Beschönigung der Verhältnisse, das Herabwürdigen der Betriebsleistung oder die unverschämte Behauptung, dieses Geschrei der Redaktion der „Berliner Morgenpost“ sei mein Artikel — sei meine Kritik der „unbekannten und verborgenen“ Einrichtungen im Betriebe der Großen Berliner.

In jenem Artikel hat man den „redt“ jährlichen Aufschrieben“, die wohl nach Reihenfolge der Besizer zu urteilen, nur aus meinem Artikel bestanden haben, ganze 22 Zeilen gewidmet und das auch nur, um sofort der Verteidigung der Direktion 33 Zeilen zu widmen und dann noch einige wohlwollende Bemerkungen darauf zu knüpfen über das Bemühen der Direktion, den Mißständen abzuhelfen.

Ich weise deshalb die dreifache Unterstellung der „Berliner Morgenpost“ jene Zuzugnahme der Direktion sei mein „Gegenartikel“, als unwarhe Behauptung zurück und überlasse es der Öffentlichkeit, ein derartiges Verhalten zu beurteilen. Als etwas vollständig Genügendes bringt die „Berliner Morgenpost“ die Mitteilung der Direktion, daß für 310 Mann 13, für 367 10 Markets vorhanden wären; nicht einmal die Behauptung der Direktion, daß an jenem Besichtigungstage für 300 Arbeiter 10 Markets genügend waren, kommentiert sie. Nach der „Morgenpost“ hat auch die Direktion schon längst die Errichtung einer Kantine sowie von Wasch- und Ankleideräumen in Aussicht genommen, aber — die räumlichen Verhältnisse sind zu schwierig. Auch in der Uferstraße? Meine Behauptung, daß man in der Badstraße sogar noch Coalsörbe gebrannt hat, übergeht wahrscheinlich die Direktion, die „Morgenpost“ natürlich auch. Ob die Direktion die „zum Teil schlechten Löhne“ aufbessern will, weiß allerdings die „Berliner Morgenpost“ nicht, wagt auch keine Bemerkungen darauf zu knüpfen.

Doch sie schreibt von zum Teil schlechten Löhnen. Hat denn die „Berliner Morgenpost“ nicht aus meinem Artikel, den sie nicht geträgt, ersehen, daß gelernte Arbeiter erst nach 10jähriger Tätigkeit im Betriebe den horrenden Stundenlohn von 45 Pfg. erhalten? Sind diese „bösen Löhne“ vielleicht genügend? Ich glaube, jeder rechtlich denkende Mensch wird hiernach wissen, was er von der Arbeiterfreundlichkeit der „Berliner Morgenpost“ zu halten hat.

Georg Moritz.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zur Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Saint Etienne, 1. Oktober. (B. Z. W.) Der nationale Ausschuß der Bergarbeiter Frankreichs hat einen Aufruf an die französischen Bergarbeiter erlassen, welcher auf die bedeutungsvollen Beschlüsse des Kongresses in Commentry hinweist und bemerkt, der Ausschuß werde die Arbeiter unverweilt zum Kampfe auffordern; sie müßten sich bereit halten, auf das erste Zeichen in den Kampf zu ziehen.

Der Generalsekretär des Bundesausschusses der französischen Bergarbeiter hat in einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Combes die Regierung aufs neue auf die Forderungen der Bergarbeiter, namentlich die des Kaisentages, der Altersversorgung und des Mindestlohnes aufmerksam gemacht. Das Schreiben sagt, wenn die Regierung es sich nicht angelegen sein lasse, die von den Bergarbeitern geforderten Gesetze zu Stande zu bringen, werden die letzteren sich über die zu ergreifenden Maßnahmen schlüssig machen.

Washington, 1. Oktober. (B. Z. W.) Präsident Roosevelt hatte heute vormittag eine Beratung mit dem Kriegssekretär Root und den übrigen Ministern. Im Verlaufe dieser Beratung wurde an die Präsidenten aller Kolonial-Einrichtungen und an den Präsidenten des Bergarbeiter-Bundes, Mitchell, ein Schreiben gerichtet, in welchem sie für nächsten Freitag zu einer Beratung mit dem Präsidenten Roosevelt eingeladen werden.

London, 1. Oktober. (B. Z. W.) Als heute acht Personen in dem Saal eines Kohlen-Bergwerkes in Bouthpool (Grafschaft Monmouth) hochfahren, riß das Seil, als sie kurz vor dem Ausgange waren. Sie stürzten ungefähr 275 Meter hinunter und waren auf der Stelle tot.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die „Grundfrage“ der Röhrenarbeiter.

Bei der Firma L. Grunauer u. Co., Maschinenfabrik und Eisengießerei, befinden sich seit acht Tagen die Arbeiter im Streik. Ueber die Berechtigung dieses Streiks ist von vornherein schon kein Wort zu verlieren, wenn man nur einen flüchtigen Blick auf die Lohnlisten und Lohnabänder der dortigen Arbeiter wirft. Da liegt man: 7,14 M., 7,43 M., 7,82 M. usw. usw., bis man schließlich auch einmal den Betrag von 17 und 20 M. verzeichnet findet. Wohl gemerkt, das sind Wochenlöhne. Die ein Arbeiter von einem derartigen Verdienst eine Familie ernähren soll, das zu ergründen dürfte wohl ein ewiges Geheimnis der Firma Grunauer u. Co. bleiben.

Natürlich ist die Firma Mitglied des Verbandes Berliner Metall-Industrieller und hat demgemäß auch nach der Pfeife des Herrn Kommerzienrats Kühnemann zu tönen, weil dieser ja der eigentliche „Herr im Hause“ seiner Verbandsmitglieder ist. Am 20. September erhielt die Firma nur von der Vertrauens-Kommission des Metallindustriellen Verbandes die Aufforderung, die Lohnkommission der streikenden Arbeiter zu einer Verhandlung am 30. September, vormittags 9 1/2 Uhr, in der bekannten Geschäftsstelle Gartenstr. 100 einzuladen. Untergeschrieben war das Schriftstück von den Kommerzienräten Harry Kühnemann und L. Rehling und dem Direktor O. Sauer. Die Lohnkommission der Arbeiter leistete der Einladung, die ihr von Herrn Grunauer übermittelt wurde, bereitwillig Folge, natürlich in der stillschweigenden Voraussetzung, daß zu den Verhandlungen auch ein Vorstandsmitglied der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hinzugezogen würde. Doch hierin hatte sie sich getäuscht. Es spielte sich hier wieder genau derselbe Vorfall ab, wie seiner Zeit auf den Miles-Verken.

Bei Beginn der Verhandlung betonte Herr Kühnemann sein Wohlwollen für die Arbeiter und forderte dann die Kommission auf, ihre Wünsche und Beschwerden vorzutragen. Die Kommission aber wies in höflichen Worten darauf hin, daß wenn die Vertrauens-Kommission der Metallindustriellen der Verhandlung zwischen Chef und Arbeiter beiwohnen und dieselbe sogar völlig leiten wolle, es doch nicht mehr wie recht und billig sei, auch die Anwesenheit und Mitberatung eines Vertreters des Metallarbeiter-Verbandes zu gestatten; letzterer könne in fünf Minuten zur Stelle sein. Herr Rehling versuchte nun, den Kommerz diesen Wunsch auszuüben. Man könne sich nicht darauf einlassen, mit herausführenden Negern zu verhandeln, mit denen, die es als ihr Gewerbe betrachten, Zwietracht zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu säen; das verfolge gegen die Grundfrage der Arbeitgebers. Übrigens sei die Vertrauenskommission nicht als offizielle Repräsentant des Arbeitgeber-Verbandes, sondern nur als Berater des Herrn Grunauer anwesend. Jetzt wurde die Formerkommission dem doch etwas deutlicher. Sie legte Herrn Rehling klar, in welche großen Widersprüche er sich mit seiner einseitigen Haltung verwickelt und forderte dann kategorisch die Zulassung ihres Verbandesvertreters, widrigenfalls sie auf die Weiterführung der Verhandlung überhaupt verzichtete. Hierauf meinte Herr Kühnemann, es sei doch bedauerlich, daß die Arbeiter den Agitatoren so anhängen und nachhaken; die Formier könnten ja auch mit Herrn Grunauer selbst verhandeln, sie (die Vertrauenskommission) werde dann nur zusehen. Prompt wurde ihm darauf erwidert, daß dann mit denselben Rechte auch der Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zusehen könne. So zogen sich die gegenseitigen Erörterungen etwa 1/2 Stunden lang hin. Die Röhrenarbeiter beharrten bei ihren „Grundfragen“ und die Formier natürlich auch. Das Ende von Liebes war, daß die Verhandlung resu(ta)tlos verlief; man trennte sich, ohne die eigentlichen Differenzpunkte auch nur berührt zu haben.

Und das haben mit ihren „Grundfragen“ die Röhrenarbeiter gethan.

Kartonsarbeiter und Arbeiterinnen. Die bereits gestern mitgeteilten Differenzen bei der Firma H. Ros. Waldbachstr. 50, haben zur Arbeitsniederlegung der dort beschäftigten Kollegen geführt.

Bei dieser Firma herrscht der Hebelstand, daß während einer gewissen Zeit im Jahre nach Feierabend gearbeitet werden muß, um die noch einlaufenden Aufträge (Postkarten) fertig zu stellen. Für die Nachfeierabend-Arbeit wurde ein Zuschlag zu den Normallöhnen gemacht. Als jedoch ein neuer Beschäftigter eingestellt wurde, sollte dieser Zuschlag nicht mehr gezahlt werden. Die Kollegen protestierten gegen den Nachtrag und erhielten zur Antwort: „Wenn's nicht geht, kann gehen“. Der Vertrauensmann wurde mit dem Vornamen eingeladen, daß der Firmeninhaber H. Ros. kein eigener Vertrauensmann sei und andere nicht dulde. Die Kollegen werden hieraus ersehen, daß die Zustände so nicht weiter gehen können und werden demzufolge den Zugang fern halten.

Deutscher Buchbinder-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Die Kollkuischer Berlin's nahmen in einer Versammlung am Dienstag Stellung zu dem Streik der Kollkuischer und Begleiter vom Hauptbahnhof. Sie erklärten sich mit den Streikenden in jeder Hinsicht solidarisch, namentlich wurde den ausführenden moralische und pekuniäre Unterstützung zugesichert. Für den Fall, daß Verlust werden sollte, die Güter, welche jetzt vom Hauptbahnhof infolge des Streiks nicht abgehoben werden, nach anderen Bahnhöfen zu dirigieren und sie von dort abfahren zu lassen, verpflichteten sich die gesamten Kollkuischer Berlin's zu weiteren dementsprechenden Maßnahmen.

Zu den Forderungen der Baugläser nahm am Montag eine Versammlung des Verbandes der Glasenerien Stellung. Man sollte sich zu dieser Gelegenheit den aus dem Glasenerienstreik bekannten Herrn Ruff kommen lassen, der den Glasenerien den Rücken stützte durch die Erklärung, daß der Verband der Baugläser Berlin's im Falle eines Kampfes den Glasenerien beistehen werde. Die durch diese Versicherung ermutigten Arbeiter lebten denn auch fast alle Forderungen der Arbeiter ab. Statt des geforderten Stundenlohnes von 50 Pf. wollten die Meister Klassenlöhne, 45, 50, 55 Pf. zahlen; auch sind sie bereit, die Zuschläge für Überstunden und auswärtige Arbeiter zu bewilligen. In dem Arbeitsnachweis der Zunftung soll unbedingt festgehalten werden.

Die Einigungsverhandlungen zwischen den hiesigen Lederarbeitern (Weißgerber, Färber usw.) und Fabrikanten vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts sind gestern nach fast achtwöchiger Verhandlung gescheitert. Die Vertreter der Fabrikanten machten so minimale Zugeständnisse, daß sich die Kommission der Lederarbeiter zur Ablehnung des vom Gericht gestellten Vergleichsvorschlages gezwungen sah.

Deutsches Reich.

In der Hannoverschen Brauerei haben sämtliche Wäder die Arbeit niedergelegt, mit Ausnahme des Wäders Oberbäder. Die Wäder hatten bisher eine Arbeitszeit von 12 Stunden ohne Mittagspause und einen Wochenlohn von 18 bis 21 M. Sie fordern jetzt eine einundzwanzigstündige Arbeitszeit und 24 M. Lohn. Der Direktor lehnte diese Forderung ab; darauf erfolgte die Arbeitsniederlegung.

Zur Lohnbewegung im Hamburger Gewerbe. Zur Zeit sind 88 Rauten von 22 Unternehmern, die nicht bewilligt haben, gesperrt. Von den streikenden Arbeitern sind bis jetzt infolge des kürzlich mitgeteilten Verhandlungsergebnisses 100 Mann abgereist. Auch die meisten der übrigen werden längs fort, wenn ihnen nicht

das Heilgegeld fehlt. Von den Rauten arbeiten mehr als die Hälfte und von 1102 Bauarbeitern 633 zu den neuen Bedingungen.

Die Volkfortierer der Nylauer Wollkammerei Georgi u. Comp. haben am Montag die Arbeit eingestellt. Die Ursache ist die Entlassung eines Kollegen, die im Zusammenhang mit einer früheren Lohnbewegung stehen dürfte. Alle Bemühungen um Wiederaufnahme der Einstellung bezw. alle Einigungsversuche waren ergebnislos. Das Gewerbegericht als Einigungsamt lehnte ein Eingreifen ab, da kein „Streikfall“ im Sinne des § 62 des Gewerbegerichts-Gesetzes vorliege. Zugang von Sortierern ist deshalb fernzuhalten.

Schuhmacher werden ermahnt, den Zugang nach Sachsenhausen bei Frankfurt a. M. fernzuhalten, weil in der dortigen Fabrik von Joseph u. Adler Differenzen ausgebrochen sind.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Schwiebus wurden sämtliche vom Gewerbeamt aufgestellte Kandidaten gewählt. Gegnerische Kandidaten waren nicht aufgestellt.

Ausland.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat am 28. September in Aarau einen außerordentlichen Kongress abgehalten, auf dem 23 Verbände durch 152 Delegierte vertreten waren. Es wurde eine Reorganisation beschlossen, die darin gipfelt, daß in Zukunft das Schweregewicht der Gewerkschaftsbewegung in die Verbände gelegt wird. Zur Bekämpfung der Verwaltungs- und Agitationskosten des Bundes soll ein Monatsbeitrag von 10 Cts. für männliche, 5 Cts. für weibliche Mitglieder erhoben werden.

Die Verbände und Vereine, welche fernschüt vom Gewerkschaftsbund bei Streiks Unterstützung haben wollen, haben 20 Cts. pro Mitglied und Monat mehr zu entrichten. Die Streikunterstützung soll in bisheriger Höhe gewährt werden: 2 Fr. pro Tag für die verheirateten Mitglieder und für jedes Kind 20 Cts. Zusatz, für die ledigen Mitglieder 1,50 Fr.; verheiratete weibliche Mitglieder erhalten 1,20 Fr. und 20 Cts. für jedes Kind, ledige Mitglieder 1 Fr. Bemerkenswert erhalten nach Prüfung der Sachlage durch das Bundeskomitee eine angemessene Unterstützung, im Minimum so viel, als die Streikunterstützung beträgt.

Der Kongress nahm eine Resolution an, welche sich für die Mitwirkung des schweizerischen Arbeitersekretariats bei den den Gewerkschaftsbünde gestellten Aufgaben ausdrückt, und das Komitee dieses Bundes beauftragt, Schritte nach dieser Richtung hin zu thun.

Ferner wurde beschlossen: Die „Arbeiterstimme“ von Renzjahre ab als Wochenblatt erscheinen zu lassen. — Das Bundeskomitee wurde beauftragt, Schritte zu thun, um in der Lebens- und Gemüthsmittelebranche, eventuell auch in der Bekleidungsbranche, die sogenannte Erleuchtungsmarkte einzuführen.

In Decezeville ist das Gros der streikenden Bergarbeiter in die Gruben zurückgekehrt. In den Werken dauert der Streik fort.

In Genoa sind 8000 Schauerleute in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen Steuer engagiert haben, der sich gegen ihre Organisation öffentlicher Beleidigungen schuldig gemacht hätte.

Vom amerikanischen Kohlenarbeiterstreik wird berichtet, daß die Streikenden nach wie vor an ihren Forderungen festhalten, da die bisher gezahlten Löhne zu einem menschenwürdigen Unterhalt nicht ausreichen. Die Streikenden verlangen die Einsetzung eines Schiedsgerichts und versichern, daß sie aushalten würden bis zum äußersten. Der Vertreter des Kohlenraus bezeichnet die Forderungen eines Schiedsgerichts als unannehmbar und meint, der Streik könne nur durch bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit beendet werden. Infolge des langwierigen Streiks herrscht großer Kohlenmangel. In weiten Kreisen macht sich lebhaftere Erbitterung gegen die scharfe Haltung des Raus bemerkbar. Dieser Stimmung haben sogar schon verschiedene Anzeigen in scharfen Worten Ausdruck gegeben. Auch die konservativen Presse tritt für Einsetzung eines Schiedsgerichts ein. Angesichts der festen Haltung auf beiden Seiten ist ein Ende des Streiks noch gar nicht abzusehen.

Weitere Meldungen betreffen: Eine am Montag in Detroit abgehaltene Massenversammlung beschloß die Einberufung einer Nationalkonvention auf den 9. Oktober, die darüber beraten soll, welche Mittel geeignet sind, um die Verleugung des pennsylvanischen Kohlenstreiks zu erzwingen. Auch die Stadtverwaltung von Boston hat Schritte für die Einberufung einer solchen Konvention getan. — Der Anthracitisten-Vorrat in New York beträgt gegenwärtig ungefähr 200 Tausend Tons, was weniger ist, als bei kaltem Wetter mitunter der Verbrauch an einem Tage beträgt. Die normale Höhe des Kohlenvorrats in New York würde für diese Jahreszeit 150 000 Tons betragen. Der höchste Preis für Anthracitkohle ist infolge dessen bereits über 21 Dollar gestiegen. Eine Anzahl Fabriken haben wegen Mangels an Kohle das Geleß überlassen, welches die Verwendung weicher Kohle in Fabrikbetrieben verbietet, um überhaupt ihren Betrieb aufrecht erhalten zu können. Weichkohle wird in den ärmeren Stadtteilen auf der Ostseite mit über einem Penny per Pfund verkauft. Die Großhändler, die für den Wiederverkauf arbeiten, sind zu einer Beratung der Frage zusammengetreten, ob der Preis zu erhöhen wäre.

Lokales.

In unsre Genossen und Leser!

Ein Teil unserer Abonnenten hat die gestrige Nummer verspätet erhalten und für einen andren Teil mußte infolge einer Betriebsstörung an unsrer Maschine die Unterhaltungs-Beilage in Wegfall kommen. Wir liefern heute sämtlichen Abonnenten die gestrige Unterhaltungsbeilage nach und bitten unsre Genossen und Leser, die gestrige Verzögerung in der Zustellung mit den Schwierigkeiten entschuldigen zu wollen, welchen Neu-Einrichtung und Umzug eines so großen Zeitungsgeschäftes begehren.

Verlag und Expedition des „Vorwärts“.

Wie in Romij unterjucht wurde.

In Romij hatte sich eine gelehrte Frau, die sich auf allerhand geheimnisvolle Künste versteht, mit des abgestorbenen Ernst Winter unsterblicher Seele in Verbindung gesetzt und von ihr erfahren, daß tausendbüderzig Juden ihre irdische Hülle ermordet hätten. Die Behörde hat diese Nachricht mit Interesse entgegengenommen. Es wurde auch allerlei gemunkelt, daß die Synagoge fürchterliche Kelter und verstaubte Hallen besitze. Die Behörde kam, grub, klopfte und erklärte, bei ihrer peinlich gewissenhaften Untersuchung nichts Verdächtiges gefunden zu haben. Schließlich erklärte sich die öffentliche Meinung von Romij dafür, daß der Kopf des Ermordeten mit andren Schädeln unter dem Altar vergraben sein müsse. Die Behörde aber hat es verabsäumt, nach dieser Richtung Nachforschungen anzustellen, und jetzt war es der öffentlichen Meinung klar, daß die ganze Untersuchung nur eine Komödie sei, und daß nichts herauskommen sollte. — Das ritualmordgläubige Romij triumphierte.

Der gestern im Gerichtssaale den Aussagen jener Beamten, die die Untersuchung geführt haben, mit einiger Aufmerksamkeit folgte, der mußte sich allerdings darüber klar werden, daß in Romij nur schwer etwas hätte „herauskommen“ können. Der Bürgermeister Seditz und der Berliner Kriminalkommissar Wehn, die anfangs die Nachforschungen leiteten, haben sich — obwohl sie an die Möglichkeit eines Ritualmordes kaum glauben dürften — mehr von der Romijer Volkstimme als

von einem eignen Plane leiten lassen. Was sie leisteten, mußte darum notwendig Sühnwert bleiben. Hätten sie an den Ritualmord geglaubt, so hätten sie ganz gewiß erhebliches Beweismaterial gegen die Juden sammeln können, wie ja auch zur Zeit der Hexenprozesse für alle Gegengläubigen der Beweis heimlicher Buhlschaften mit dem Teufel unzähligmals erbracht worden ist. Offenbar glaubten aber die beiden Herren, durch die Verfolgung aller Gerichte die Bevölkerung beruhigen zu können. Mit diesen angebliehen Verhörversuchen haben sie viel schöne Zeit verloren, und dieser Zeitverlust ist dem Mörder offenbar sehr angenehm gewesen. Hatte er doch leichtsinnig genug gewirtschaftet; durch die Art, wie er den Leichnam behandelt hatte, durch Schnitte und Nähte, durch Hinterlassung von Papiereinwand, Papier und Zeitungspapier verschiedener Sorten hatte er so weitreichende Spuren seiner Persönlichkeit hinterlassen, daß gerade nur noch die Witenkarte fehlte. Die allerdings hat man in der Synagoge nicht vergraben gefunden.

Dann aber kam der Kriminalinspektor Braun aus Berlin, und mit einem Sätze änderte sich das Bild. Herr Braun ist nämlich ungewöhnlich ein sehr begabter Mann; nur liegt seine Begabung mehr auf dem Gebiete der kombinierenden Phantasie als auf dem der nüchternen Beobachtung von Thatsachen. Ein jedes Ohr hing gestern an des Weisigers Munde, der Herrn Wehn's schriftlichen Bericht über den Romijer Mord vorlegte. Es ist ein spannender Kriminalroman. Mit packender Anschaulichkeit wird hier erzählt, wie ein geheimnisvolles Verbrechen entdeckt ward, und alle Spuren schloß, bis der Kriminalkommissar Braun aus Berlin kam und den Schuldigen mit unfehlbarer Sicherheit der Gerechtigkeit überlieferte. Nur in einer Kleinigkeit stimmt der Kriminalroman von Braun mit der Wirklichkeit nicht überein — nämlich daß die Person des Schuldigen betrifft. Der Schlichtermeister Hoffmann sollte an Ernst Winter die Schandung seiner Tochter blutig gerächt und zur Erbitterung umjomehr Anlaß gehabt haben, als ihm schon zuvor mit einer Tochter gleiches Unglück widerfahren wäre. Nachdem aber der Mörder seiner Familienehre in Haft und Wanden Herrn Braun vorgeführt worden war, mußte er sich rasch davon überzeugen, daß er mit Unrecht bei einem Romijer Schlichtermeister römische Tugenden vermutet hatte. Zum Ueberflus ergab sich ganz unzweifelhaft daß beide geschändete Töchter sich im vollsten Besitze ihrer Jungfräulichkeit befanden hatten.

Herr Kriminalkommissar Braun verließ die Stätte seiner kommissarischen Thätigkeit. Sein Geschäft war aus! Und abermals triumphierte das ritualmordgläubige Romij.

Heute wird die „Unterjuchung der Unterjuchung“ weiter geführt werden.

Stadtratswahl. Der Ausschus der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung für die Wahlen der unbesoldeten Stadtratsstellen, hat gestern abend beschloßen, der Versammlung für die Stelle des zum besoldeten Stadtrat gewählten Herrn Dr. Münsberg den Regierungsrat und Baudirektor a. D. Magnus vorzuschlagen.

Die Verhandlungen über die Besetzung der durch den Tod des Stadtrath Mannrol freigewordenen Stelle im Magistrat sind auf zwei Wochen vertagt, um über die vorgeschlagenen Kandidaten Erkundigungen einzuziehen.

Zum Apothekenboykott. Einigungsverhandlungen zwischen Central-Kommission der Krankenlaffen Berlin's und den Vertretern der berechtigten Apothekenbesther haben am Mittwoch stattgefunden. In der Diskussion handelte es sich in erster Linie um die Droguisten und die gelben Rezeptformulare. Dieser Punkt war wohl auch der wesentlichste, an den die letzten Einigungsverhandlungen im Januar d. J. gescheitert sind. Diese Rezeptformulare sind für die freigegebenen Heilmittel bestimmt und enthalten die Ueberschrift: Diese Verordnung gilt nur für Droguengeschäfte und wird Apothekern nicht honoriert. Von den Apothekern wurde nun gewünscht, daß diese Ueberschrift beseitigt oder mindestens dahin abgeändert wird, daß den Apothekenmitgliedern die Wahl zwischen Apotheken und Droguengeschäften überlassen bleibt. Demgegenüber wurde von der Central-Kommission erklärt, daß für sie eine derartige Bedingung unannehmbar ist. Man könne den Apotheken unmöglich zumuten, die Droguisten jetzt fallen zu lassen, nachdem sie die Kosten während der langen Dauer des Kampfes unterrichtet haben.

Nach längerer Debatte unterbreiteten die Apotheker den Vorschlag, daß der erste Satz der Ueberschrift „Diese Verordnung gilt nur für Droguengeschäfte“ bestehen bleibt und der zweite Satz „und wird Apothekern nicht honoriert“ gestrichen werden soll. Außerdem wurde von den Apothekern ein Rezeptur-Rabatt von 12 1/2 Prozent in Vorschlag gebracht und die Handverlauslage soll nach der gebräuchlichen Handverkaufsliste geregelt werden. Die Central-Kommission machte darauf aufmerksam und die Apotheker erklärten sich damit einverstanden, daß, wenn der zweite Satz auf dem gelben Formular gestrichen und derartige Verordnungen auch Apothekern honoriert werden, dann aber bestimmte Abmachungen zu treffen sind, die verhindern sollen, daß den Droguisten auf irgend eine Weise die zugeständene Kostentlieferung im größeren Maßstabe entgegen wird.

Diese Vorschläge sollen nunmehr den beiderseitigen Mandatgebern zur Entscheidung unterbreitet werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es dieses Mal zu einer Einigung kommt. Aus der Diskussion ging deutlich hervor, daß sich die Apotheker nach dem Frieden, den sie bei einigen Entgegenkommen schon längst haben konnten, sehnen, und daß auch jetzt noch auf Seiten der Central-Kommission, trotzdem sich die Situation beständig und namentlich in letzter Zeit für die Apotheken günstiger gestaltet hat, Neigung zur Einigung vorhanden ist. Es handelt sich jetzt nur noch darum, ob sich die Apotheken mit der verlangten Konzession auf die gelben Rezeptformulare einverstanden und sich mit dem 12 1/2 Proz. statt der geforderten 20 Proz. Rezepturrabatt zufrieden erklären.

Berlin ist eine der an Brücken reichsten Städte der Welt. Nur Venedig hat eine geringe Zahl von Brücken mehr als Berlin, dafür sind aber die Berliner Brücken größer und monumentaler als die in Venedig. Die Kosten der Berliner Brücken sind sehr bedeutend, besonders dadurch, daß in den meisten Fällen außer den reinen Auskosten noch große Summen für Land- und Wasserflüssen-Gründung, für Antrampungen und Entschädigungen an die Anlieger gezahlt werden müssen. So betragen z. B. die Kosten für den Van der Hoffstrassen-Brücke nur 300 000 M., die für den Landwehr- aber 815 757 M. Der Umbau der Altenbrücke verurachte 467 044 Mark. Kosten. Die Mädenbrücke verurachte 276 000 M. und die Potsdamerbrücke sogar 538 000 M., während die Oberbaum-Brücke nur 2 Millionen Mark Auskosten verursachte. Für die Festung-Brücke wurden früher 300 000 M. bewilligt, für die Brücke im Zuge der Straße Siegmundhof 100 000 M. Die Brücke über den Landwehrkanal im Zuge der Grünauerstraße kostet rund 100 000 M. Hierzu kommen dann in der Regel die mit dem Bau von Brücken



# Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Sappho.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Doktor Klaus.**

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-  
Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Jugend.**

# Casino-Theater

Neu! Corradini etc.  
Dazu einige Koler „Abre Familie“  
mit B. Richter und S. Berg.  
Anfang: Samstag, 8. Sept. 7 1/2 Uhr.  
In Vorbereitung:  
„Ein Sohn des Volkes.“



Griffin und Dubois. Excentrics.  
Duncan's dress. schott. Schäferhunde.  
Robinson-Baker-Trio, Hochspringer.  
Elisa de Vere. Soubrette.  
LasFlarides, Spanische Tänzerinnen.  
Die 2 Freydos, „Professora Schüller“.  
Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.  
Sisters Carey's dressierte Papageien.  
**Carl Maxstadt,** Humorist.  
**Liane de Vries,** Pariser Soubrette.  
**Kara,** Meister-Jongleur.  
**Angèle Van Eoo,** Sängerin v. Kgl. Theater, Brüssel.  
**Cleó de Mérode,** Tänzerin von der Gr. Oper i. Paris.  
„Biograph“.

# Sanssouci

Kottbuserstr. 4a.  
Station der Hochbahn.  
Donnerstag, Sonntag und  
Montag:  
**Hoffmanns**  
Norddeutsche Sänger  
Nach jeder Vorstellung  
**Tanzkränzchen.**  
Eintritt: Sonntags 50 Pf.,  
Eberst 75 Pf., ab 9 Uhr  
50 Pf., Samstag 30 Pf.,  
Eberst 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.



# Freie Volksbühne.

Sonnabend, den 4. Oktober, abends 8 Uhr,  
in der Brauerei Friedrichshain:

# Schubert-Abend.

Vokal- und Instrumental-Konzert.  
Mitwirkende:  
**Berliner Tonkünstler-Orchester**  
Dirigent Franz von Bion.  
Gesangssolisten: Fräulein Cetsy Schot, Herr August Piltzner.  
Festmarken in allen Zahlstellen a 50 Pf.  
Aus dem Programm:  
Marche eroïque.  
An die Leyer.  
Greisengesang.  
Aufenthalt.  
Andante a. d. D-moll-Quartett.  
Wiegenlied.  
Frühlings-Glaube.  
Liebesbotschaft.  
Ständchen.  
Moment musical.  
Sinfonie No. 7, C-dur.  
Ouverture zu Rosamunde.  
Ave Maria.  
Prometheus.  
Wanderer.  
Erlkönig.  
Gretchen am Spinnrad.  
Wohin?  
Heideröslin.  
Reitersmarsch.

Sonntag, den 5. Oktober:  
**6.7. Abteilung: Lessing-Theater:**  
**Die Kleinbürger.**  
**11.12. Abteilung: Metropol-Theater:**  
**John Gabriel Borkman.**  
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

# Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Sonntag, den 5. Oktober, in der „Araucaria“, Taubenstraße 18/19:  
**Zwei Arania-Vorstellungen.**  
Vertrag in beiden Vorstellungen:  
„1000 Jahre deutscher Kultur.“  
Anfang der ersten Vorstellung nachmittags präzis 2 Uhr.  
zweiten  
Eröffnung der Haupt-Säle eine Stunde vorher.  
Billetts a 60 Pf. inkl. Garderobe sind noch in unserem Bureau,  
Engel-Ufer 15 1/2, Nummer 22, zu haben.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

# Tischler-Verein zu Berlin.

Sonnabend, 4. Oktober, abends 8 Uhr,  
in „Sanssouci“, Kottbuser-Strasse No. 4a:  
**31. Stiftungs-Fest**  
Soiree der Norddeutschen Sänger  
und Ball.  
Billetts a 30 Pf. sind bei allen Vorstandsmitgliedern zu haben.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht.  
Der Vorstand.

# Germania-Prachtsäle

Arnold Scholz.  
Heute Donnerstag:  
**Grosses Militär-Streichkonzert**  
ausgeführt von der Regimentsmusik  
des IV. Garde-Regiments zu Fuss in Uniform  
unter persönlicher Leitung des königl. Musikdirektors  
Herrn Erz. A. Bergter.  
Anfang 8 Uhr. Bona gelien. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem:  
**Familien-Kränzchen.**

# 4 Zimmer nussbaum Möbel

# Möbel Bartsch.

# Theater Marienbad

Abstr. 35/36. (Gesundbrunnen).  
Dir. R. Wagner.  
Donnerstag, den 2. Oktober,  
abends 8 Uhr:  
**Seite und Abschieds-Soiree der  
Hamburger Sänger**  
(Otto Steidl, Wilh. Wolff etc.)  
Kochbuch, decentes Familien-Re-  
giment. — Am Schluss:  
**Strippe in Nöten.**  
Erstausf. im Vorverkauf 25. Abendf. 30.

# Stablissement Buggenhagen

am Moritzplatz.  
Heute Donnerstag:  
**Militär-Konzert**  
Musikcorps Garde-Rüfiter-Reg.  
(Herr Dippel.) 5190L.  
Im Keller-Saal: Norddeutsche  
Sänger und Tanz.

In Ltr.-Fl. em-  
pfehle: Cognac  
1,25-10,25, Rum  
1,00-5,00, Nord-  
häuser 0,15-1,35,  
Liqueure, Citronen-  
u. Himbeersaft.  
Port- u. Ungarweine gut u. billigst.  
**Carl Schindler,**  
Chaussee-  
strasse 55.

**Ingenieurschule Berlin**  
O. 27. Raupachstr. 6.  
Elektrotechnik und Maschinen-  
bau-Ingenieur und Techniker-  
Abendkurse beginnen am  
5. Oktober. Anmeldungen  
ungehend. 130/10  
Prospekte kostenlos.

**Dr. med. Schaper**  
hombop. Arzt u. Spez.-Arzt f.  
**Haut- u. Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.**  
Königsgrünerstr. 27. Sp. 9-1. 4-7.

**Wurstbruch** in schöner Ware von  
50 Pf. an. Versand an-  
sonst **Knoschen,  
Knochenfleisch, Giesbeine** etc. täglich  
frisch in univ. Detailverkauf-Läden  
Berliner Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik  
Petersburger Platz 8. 5193L.

**Möbel** erstklassiger  
Qualitäten.  
Cassa und  
coulante  
Raten-  
zahlung.  
Vereinigte Berliner Möbelschler  
Mosevius & Zimmermann, Alexan-  
derstr. 42  
Hof, Fabrikgebäude, kein Laden.

Local-Empfehlung.  
Ich habe meinem beehrten  
**Görliger Ufer 21**  
ein Weich- und Bayr. Bierlokal  
eröffnet. 25518  
Um gerechten Zuspruch bittet  
**Hermann Salomon.**  
Prämiiert mit der goldenen Medaille.

**Kraft-Rothwein**  
Fu-Blutarme  
u. Kranke  
ärztlich  
empfohlen  
F. 150  
u. 2 M.  
Überall  
zu  
haben  
in Apotheken, Droguenhandlung, De-  
likates- u. Kolonialwarengeschäften.

**Zähne 2 Mk.** 10 Jahre Garantie. Teilzahlung  
wöchentlich 1 Mark.  
Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 Mark.  
Plomb. 1,50 M. Reparatur sof. Umarbeit schlecht sitz. Gebisse.  
**Zahn-Arzt Wolf, Leipzigerstr. 130.**  
(Haus Schaarwächter.) Sprechst. 9-7 Uhr. Tel. VI 4401. [35/11\*]

**Möbel- und Polsterwaren-Fabrik**  
von  
Reichenbergerstr. 5 A. Schulz, Reichenbergerstr. 5  
empfiehlt sein grosses Lager in **Wohnungseinrichtungen** in  
Nussbaum und Mahagoni, 250, 300, 400, 500, 600 bis  
10 000 Mark. 5070L.  
Anerkannt gediegens Arbeit, billigste Preise, coulante Zahlungsbedingung.

**Zum Umzuge!** 50672\*  
**Möbel, Spiegel und Polsterwaren**  
auf Teilzahlung wie gegen bar.  
**Feblowicz & Seide, Wollinerstrasse 46.**

wenig gebraucht, 4 Kleiderschränke • 4 Vertikows mit Maschel • 4 Spiegel • 4 moderne Plüsch-  
aus einem Taschensofas • 4 Paar nussbaum, 4 Paar mahagoni Bettstellen mit Matratzen und  
**Pensionat.** Keilkissen • 4 Waschtisellen mit Marmor lavabo ich spottbillig zu verkaufen.

Wem wäre die Möbelfabrik für bürgerliche Wohnungseinrichtungen  
und Moritzplatz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinen extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlens-  
werte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10000 Mk, stets zur  
Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen.  
**Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus  
durch eigne Gespanne. Gegründet 1883. 4963\*

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Berwaltungsstelle Berlin.  
**Codes-Anzeige.**  
Am Montag, den 29. September,  
verstarb unser Mitglied, der Boyer  
**Carl Kehr.**  
Gere seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag,  
den 3. Oktober, nachmittags 4 1/2 Uhr,  
von der Leichenhalle des Friedhofes  
u. Wähnerberg aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwünscht.  
121/14 Die Ortsverwaltung.

**Dankagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung bei  
der Beerdigung meines lieben Mannes  
**Fritz Fetting** sage ich allen  
berühligten Dank.  
25515 **Agnes Fetting.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Berwaltungsstelle Berlin.  
Gureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5.  
Fernsprecher: Amt VII, 353.  
**Donnerstag, den 2. d. M.,**  
abends 8 1/2 Uhr,  
**Sitzung der erweiterten  
Ortsverwaltung**  
mit sämtl. Kommissions- und Bezirks-  
leitungen i. Gewerkschaftshaus Saal I.  
121/5 Die Ortsverwaltung.

**Bekanntmachung**  
der Orts-Krankenkasse der Gut-  
macher, Antiquaritäten- und Al-  
waren-Verfertiger zu Berlin.  
Durch Verfügung des Herrn Ober-  
präsidenten vom 6. September 1902  
sind die Beiträge vom 29. September  
1902 an erhöht und das Tiergeld  
herabgesetzt worden.  
Den Wortlaut dieser Verfügung  
können die Mitglieder (als 9. Nach-  
trag ihres Statuts) bei den Herren  
Rechtsgebern sowie im Kollektoral-  
Rechtsgeberntratte 13 während der  
Kassenstunden in Empfang genommen  
werden. 25566  
Berlin, den 2. Oktober 1902  
Der Vorstand.  
Karl Kummerl, Pantfon, Morastr. 43.

**SPECIALITÄT:**  
**Solide**  
bürgerliche Einrichtungen  
von 150-3500 Mark.  
Bar oder 4289L\*  
Teilzahlung.  
Keln  
Kauzwang

**Möbel**  
Keine Ladenmiete,  
Geringe Unkosten,  
Grosser Umsatz,  
daher  
Reelle Ware,  
Niedrige Preise,  
Coul. Bedingungen.  
**Wilh. Misch,**  
Berlin NO.,  
Grosse Frankfurterstr. 45/46,  
1. Etage.  
Illustrierten Katalog gratis  
und franco.

**Wahrheit**  
der „Drei Evangelien“ dritter Teil von  
**Emile Zola**  
erscheint in der Halbmonatsheft „Aus fremden Zungen“.  
Monatlich 2 Hefte zu je 60 Pf.  
Abonnements in allen Buchhandlungen  
und Postanstalten; ebenso  
direkt bei der Deutschen Verlag-Anstalt in Stuttgart.  
Probeheft mit dem Anfang des Romans überall gratis.

**Reste in Herrenstoffen**  
für Anzüge u. Winterpaletots  
aus unsern Engrosbeständen  
solche auch für Damen-Paletots und Kinderanzüge  
spottbillig an jedermann!!!  
Sonntags auch von 8-10 und 12-2 Uhr für den  
Restverkauf geöffnet!!!  
**Tuch-Fabrik-Niederlage**  
**Koch & Seeland,**  
Berlin, Ross-Strasse 2. 5022L\*

**Sahne, Milch**  
in plombierten Flaschen liefert in alle Stadttheile  
**Meierei und Milchkuranstalt**  
**Schweizerhof**  
Inh. Aug. Zeitner, Berlin NW., Emdenerstr. 40-41  
Preise pro 1 Ltr.:  
Vollmilch 20, Kindermilch 30, 35, Kefyr 40, Buttermilch 12.  
Feinste Tafelbutter 1,20 bis 1,40.  
Prof. Gaertner's trinkfertige Säuglingsmilch.  
Versand nach ganz Deutschland.

**Heinrich Kahlen,**  
Tapezierer-Meister, 5100L\*  
Stallschreiber-Strasse 43.  
**Rudolf Bartsch, Oranienstr. 73**  
zwischen Alexandrinenstrasse  
und Moritzplatz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinen extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlens-  
werte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10000 Mk, stets zur  
Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen.  
**Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus  
durch eigne Gespanne. Gegründet 1883. 4963\*

**Vorteilhaftes Angebot**  
zur bevorstehenden 20122\*  
**Herbst- und Winter-Saison.**  
Wir offerieren:  
Herbst-Paletots aus Cheviot (Marke „Doppel-  
gänger“) a 18, 22-27 M. Winter-Paletots  
aus Eskimo, Cheviot (auch bodenmoderne Hochgräten-  
und Schachbret-Paletots) a 12, 19, 25, 30-42 M.  
Englische Paletots, glatt und gestreift, auch England-  
Jagons a 19, 25, 32-48 M.  
Diese Paletots sind mit wolkenem oder Stepp-  
Atlas-Gutter versehen.  
Grösste Auswahl von Jacketts, Rock- und Gehrock-  
Anzügen von 15, 20, 24, 28, 31, 38-50 M.  
**Spezialität: Joppen für Maus u. Jagd**  
mit Zerge, Lama oder Pelz gefüttert, Zuchljoppen,  
sehr praktisch und warm a 3-7 M.  
Anfertigung nach Mass aus vorzüglichsten deutschen  
und ausländischen Stoffen, nicht viel teurer als  
fertige Ware.  
Die Preise sind auf jedem Gegenstand deutlich  
in Zahlen lesbar und streng fest. Ueberbeteiligung  
angekündigt, Garantie für tadellosen Sitz.  
Höchste Leistungsfähigkeit durch Selbstfabrikation im  
größten Massstab.  
**Deutsche Compagnie, Heitinger & Co.**  
Herren- u. Knaben-Bekleidungsabrik.  
Gegründet 1857. Oranienstrasse 40/41.

Der neue Roman  
**Wahrheit**  
der „Drei Evangelien“ dritter Teil von  
**Emile Zola**  
erscheint in der Halbmonatsheft „Aus fremden Zungen“.  
Monatlich 2 Hefte zu je 60 Pf.  
Abonnements in allen Buchhandlungen  
und Postanstalten; ebenso  
direkt bei der Deutschen Verlag-Anstalt in Stuttgart.  
Probeheft mit dem Anfang des Romans überall gratis.

**Reste in Herrenstoffen**  
für Anzüge u. Winterpaletots  
aus unsern Engrosbeständen  
solche auch für Damen-Paletots und Kinderanzüge  
spottbillig an jedermann!!!  
Sonntags auch von 8-10 und 12-2 Uhr für den  
Restverkauf geöffnet!!!  
**Tuch-Fabrik-Niederlage**  
**Koch & Seeland,**  
Berlin, Ross-Strasse 2. 5022L\*

**Sahne, Milch**  
in plombierten Flaschen liefert in alle Stadttheile  
**Meierei und Milchkuranstalt**  
**Schweizerhof**  
Inh. Aug. Zeitner, Berlin NW., Emdenerstr. 40-41  
Preise pro 1 Ltr.:  
Vollmilch 20, Kindermilch 30, 35, Kefyr 40, Buttermilch 12.  
Feinste Tafelbutter 1,20 bis 1,40.  
Prof. Gaertner's trinkfertige Säuglingsmilch.  
Versand nach ganz Deutschland.

**Heinrich Kahlen,**  
Tapezierer-Meister, 5100L\*  
Stallschreiber-Strasse 43.  
**Rudolf Bartsch, Oranienstr. 73**  
zwischen Alexandrinenstrasse  
und Moritzplatz, nicht bekannt? Grösste Auswahl in meinen extra dazu erbauten, 4 Etagen hohen Fabrikgebäude. Empfehlens-  
werte Einkaufsquelle für Brautleute. Solide und gediegene Einrichtungen für 200-300-400-500 bis 10000 Mk, stets zur  
Ansicht vorrätig. Verlangen Sie meinen **Prachtkatalog** gratis und franco. Coulante Zahlungsbedingungen.  
**Kein Ladengeschäft.** Verkauf direkt im Fabrikgebäude. Lagerbesichtigung erbeten ohne Kaufzwang. Lieferung frei Haus  
durch eigne Gespanne. Gegründet 1883. 4963\*

